



Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

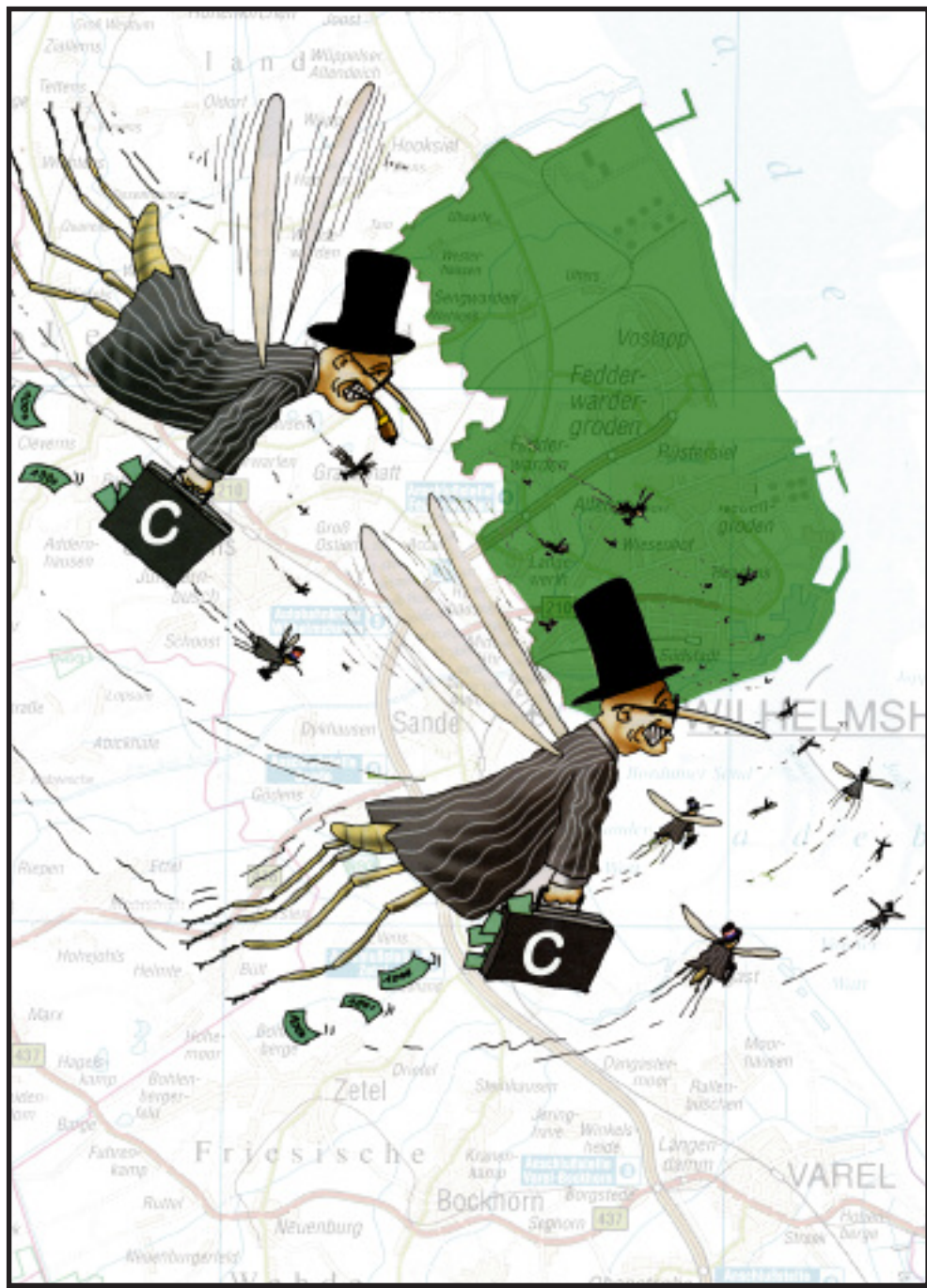
Gegenwind 213

Wilhelmshaven

Dezember 2005

Plagegeister

Nach der Wohnungsbaugesellschaft Jade wurde jetzt auch die BauBeCon vom Hedgefond „Cerberus“ vereinnahmt.



Einblicke

Ca. 200 Wohnungen im Bereich des Wiesenhofs wurden vom US-amerikanischen Hedgefond Cerberus übernommen. Erhellendes zu diesem Geschäft finden Sie auf Seite 3.

Die Kommunalwahl 2006 ist schon jetzt Thema im Gegenwind. Auf Seite 4 geht es um die Aufstellung der Linken zum Kommunalparlament.

Es gibt sie wieder, die Grüne Jugend. Einige Wilhelmshavener Jugendliche machen einen erneuten Anlauf zur Etablierung einer grün ausgerichteten Politik für Wilhelmshaven. Auf Seite 5 geht es um so genannte Ausreisezentren.

Das Planfeststellungsverfahren für den JadeWeserPort musste neu gestartet werden. Auf Seite 6 geht es um einen Rattenschwanz von Folgewirkungen.

Hartz IV vergrößert die Armut auch in Wilhelmshaven. Wir berichten auf Seite 8 über eine Veranstaltung der Arbeitsloseninitiative, über deren Zukunft wir mit Werner Ahrens sprachen: Seite 9.

Acki Tjaden holt auf Seite 10 wieder zu einem seiner gefürchteten Rundschläge aus.

Der Wahlkampf hat begonnen – das spürten die Teilnehmer einer Veranstaltung des Stadelternrates, über die wir auf Seite 12 berichten.

Gibt es einen richtigen Vorzeigebetrieb in unserer Region? Na klar – Elektronik Reichelt werden jetzt die meisten sagen. Wir berichten auf Seite 13.

Der Wilhelmismus ist auch in diesem Gegenwind wieder Thema. Auf Seite 14 meldet sich erneut der Oldenburger Historiker Klaus Dede zu Wort.

Viel Lärm gab es in den letzten Wochen um den Voslapper Groden. Kann es sein, dass ein paar Piepmätze den Bau des JadeWeserPorts verhindern. Klartext wird auf Seite 15 gesprochen.

Es stehen wieder Schulschließungen an. Vertiefendes dazu auf Seite 16.

Kreuz und quer verteilt: Nachrichten und Informationen, Leserbrief

meldungen

Noch weniger

als bisher will das Job-Center den langzeitarbeitslosen Einzelpersonen für die Unterkunft bezahlen. Würden bis vor einiger Zeit 258 Euro Miete für einen allein lebenden Alg II-Empfänger als angemessen betrachtet und gezahlt, so wurde dieser Betrag jetzt auf 252 Euro gesenkt. Dem steht allerdings der Beschluss des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen entgegen: Der in der rechten Spalte der Wohngeldtabelle vermerkte Betrag sei maßgeblich, so das LSG, und das sind für eine allein wohnende Person 280 Euro. Es ist also sinnvoll, Widerspruch einzulegen, erst recht gegen Bescheide über den gesenkten Betrag. (noa)



An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Zynisch

nennt das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen das Job-Center Wilhelmshaven. Ein Wilhelmshavener Alg II-Empfänger hatte für die Zeit bis zum 30. April 2005 die volle Miete gezahlt bekommen. Schon im Dezember 2004 hatte die Arbeits-Agentur ihn dazu aufgefordert, seine Miete auf 258 Euro zu senken. Ab 1. Mai bekam er dann auch nur noch 258 Euro.

Schon im April hatte der Arbeitslose deswegen das Sozialgericht Oldenburg angerufen, um die Zahlung seiner tatsächlichen Unterkunftskosten zumindest bis zum 30. Juni durchzusetzen, denn ein Zeitraum von sechs Monaten ist im Hartz IV-Gesetz vorgesehen. In diesem Eilverfahren hatte der Antragsteller auch obsiegt. Das Job-Center wurde verpflichtet, die tatsächlichen Unterkunftskosten bis Ende Juni zu tragen.

Der Beschwerde, die das Job-Center dagegen einlegte, wurde nicht abgeholfen, so dass das Verfahren an das Landessozialgericht ging. Dieses stellte zwar fest, dass die Wohnung des Antragstellers größer und teurer als notwendig ist, doch ob man hier in Wilhelmshaven mit 258 Euro Miete auskommen muss, wird erst im Hauptsacheverfahren geklärt werden. Dass das Job-Center die tatsächlichen Unterkunftskosten aber bis zum 30. Juni zu tragen hatte, stellte das LSG ebenfalls fest.

Dem Antragsteller blieben von dem, was ihm das Job-Center seit 1. Mai zugestand, nur 130 Euro monatlich zum Leben. Dass es ihm zumuten wollte, den Ausgang des Hauptsacheverfahrens abzuwarten, veranlasste das Landessozialgericht dazu, über die rechtliche Bewertung hinauszugehen und eine moralische Bewertung ("mutet zynisch an") anzufügen. (noa)

Unser ECW hat wieder ein Zuhause

Nachdem zu bezweifeln war, ob es noch zu einer Einigung zwischen Stadt und dem neuen Eishallen-Besitzer Ottfried Walter kommt, ist es endlich amtlich: Am 2. Dezember gibt der ECW sein erstes Heimspiel. Der Termin fällt wahrscheinlich mit der offiziellen Eröffnung des Eislaufcenters zusammen. "Die neue Bande für unsere Eishalle wurde nach der Einigung sofort in Auftrag gegeben", so Walter.

Das geplante Gespräch zwischen Stadt und Besitzer fand zwar nicht statt, dennoch konnten sich beide Parteien einigen. Der Kredit, den Walter für die Eishalle aufnehmen musste, wurde mit den Altschulden zusätzlich belastet, so dass jetzt sein monatlicher Abtrag ein wenig höher ist. (jes)

Das Mütterzentrum

bietet ab sofort für Schüler der Hafenschule eine Hausaufgabenbetreuung an. Das Angebot richtet sich an Kinder der ersten bis vierten Klasse, bei denen ein besonderer Hilfebedarf besteht. In enger Kooperation mit der Hafenschule sollen im Mütterzentrum benachteiligte Kinder z. B. von Eltern, die sich eine individuelle Förderung nicht leisten können, gefördert werden. Derzeit nehmen acht Kinder unterschiedlicher Jahrgänge auf Empfehlung der Lehrer der Hafenschule regelmäßig an dem zunächst bis zu den Sommerferien laufenden Projekt teil. Zwei pädagogische Fachkräfte unterstützen die Kinder bei der Hausaufgabenbewältigung. Ziel der Pädagogen ist es auch, den Kindern bei der Entwicklung allgemeiner sozialer Fähigkeiten zu helfen. Die für die Eltern und Kinder insgesamt kostenlose Hilfe umfasst auch ein Mittagessen im Cafe des Mütterzentrums. Eine regelmäßige Lesestunde und Freizeitangebote runden das täglich stattfindende Angebot ab.

Finanziert wird die Hausaufgabenhilfe vom Verein Wilhelmshavener Familienhilfe, der sich zur Aufgabe gemacht hat, mit den Erlösen aus dem Secondhandbekleidungsladen für Kinder und Erwachsene in der Danziger Str. 31 sowie aus Spendeneinnahmen sozial benachteiligte Familien zu unterstützen. (ub)

**AMERICAN STYLE
RESTAURANT &
COCKTAILBAR**



**Bommys
Diner**

ÖFFNUNGSZEITEN:
MO-DO 9 - 2 UHR
FR 9 - 5 UHR
SA 10 - 5 UHR
SO 10 - 2 UHR

WHV, BAHNHOFSTR. 21 (KINOZENTRUM), TEL. 04421/ 983 505

Fördern und Fordern

soll Hartz IV die Langzeitarbeitslosen. Die erleben normalerweise aber sehr viel mehr Fordern als Fördern. Ein neuerer Gerichtsbeschluss (SG Berlin) fordert nun auch mal die ARGE: Die 30%ige Kürzung der Regelleistung für die Dauer von 3 Monaten, verhängt als "Strafe" für einen Alg II-Empfänger, der sich geweigert hatte, eine Eingliederungsvereinbarung zu unterzeichnen, darf nicht vorgenommen werden, wenn die ARGE ihrerseits keine Jobs anbieten kann. Die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen auf den 1. Arbeitsmarkt ist nämlich vorrangig vor "Maßnahmen" aller Art. (noa)

Ausgezeichnet

mit dem 3. Platz wurde das Mütterzentrum Wilhelmshaven in einem bundesweiten Wettbewerb. Der Mütterzentren-Bundesverband mit über 400 angeschlossenen Einrichtungen in Deutschland vergibt jährlich den Stiftungspreis 'Praktissima' an ausgewählte Mütterzentren für hervorragende Arbeit im sozialen Bereich. Dabei stehen nicht spektakuläre Aktionen, sondern die kreative, ideenreiche und lustvolle Gestaltung des Alltags im Mütterzentrum nach dem Willen des Geldgebers "Stiftung Apfelbaum" im Vordergrund. Das vom Bundesverband in 2005 vorgegebene Jahresthema für die Ausschreibung lautete: "Besonders erfolgreiche Dienstleistungen für den Stadtteil". Das hiesige Mütterzentrum des SOS Kinderdorf e.V. hat sich in diesem Jahr zum ersten Mal am Wettbewerb des Bundesverbandes beteiligt und das "Wunschgroßeltern-Projekt", die Verständigungsförderung für ausländische Mitbürgerinnen in den Gruppen "Arabischkurs" und "Deutsch für Ausländerinnen", die "internationale Näh- und Flickwerkstatt" sowie den Secondhand-Shop für Säuglings-, Kinder- und Erwachsenenbekleidung vorgestellt. Die Übergabe der Auszeichnung, verbunden mit einem Preisgeld von 2.000 Euro, an zwei der engagierten Wilhelmshavener Mütterzentrumsfrauen fand in Freiburg beim Sieger des vorjährigen Mütterzentrumwettbewerbs statt. (ub)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
 Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
 26382 Wilhelmshaven
 Tel.: 04421 / 99 49 90
 Fax: 0180-5060 3441 9546
 eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen,
 Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Anette Nowak,
 Thomas Sobel, Imke Zwoch;

Druck: Beta-Druck; Auflage: 4.500 Exemplare
 Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
 Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
 jeweils zum Monatsbeginn
 Erscheinungstag dieser Ausgabe: 30.11.2005

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben. Besonders bei Jessica und Acki

Mückenplage

Neues Futter für die Höllenhunde

(ub) Die Fondsmanagementgruppe Cerberus setzt ihre Einkaufstour quer durch Deutschland fort. Erneut verschlingt der US-Finanzriese ein Wohnungsunternehmen mit umfangreichem Wohnungsbestand in Wilhelmshaven. Betroffen sind diesmal Mieter im Stadtteil Wiesenhof. Ausgerechnet die Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG) verkauft ihre Immobilientochter BauBeCon mit ca. 20.000 Wohnungen an den US-amerikanischen Finanzinvestor. Die BauBeCon-Mitarbeiter fürchten um ihren Arbeitsplatz. Harsche Kritik ernten die Gewerkschaften auch vom deutschen Mieterbund.

Nur wenige Wochen nach dem Kauf der Wilhelmshavener Wohnungsbaugesellschaft Jade hat der nach dem Fabelwesen aus der griechischen Mythologie benannte US-Investor Cerberus erneut zugeschlagen. Das Unternehmen BauBeCon Immobilien GmbH betreibt eigenen Angaben zufolge rund 50.000 Wohnungen und Gewerbeobjekte im gesamten Bundesgebiet. Die ca. 20.000 Wohnungen in eigenem Bestand stammen zum Großteil aus der früheren gewerkschaftseigenen Neuen Heimat und befinden sich vornehmlich in Norddeutschland. Die ca. 200 Wilhelmshavener BauBeCon-Wohnungen finden sich u. a. in den Straßen Feldmark und Grashaus im Stadtteil Wiesenhof.

Die Plünderer sind da

- so titelt "metall", das Monatsmagazin der IG Metall, im Mai dieses Jahres. Metall prangert an: "Finanzinvestoren aus Amerika schlachten deutsche Unternehmen aus... Rücksicht auf Menschen, Regionen oder Traditionen nehmen die amerikanischen Finanziers nicht. Wie Mücken saugen sie aus den Betrieben das Geld, um dann nach dem gleichen Muster weiterzuschwärmen. Leidtragende sind die Menschen... Die Investoren unterwerfen das Unternehmen einem kurzen Verwertungszyklus von drei bis fünf Jahren."

In dieser Zeit geht es vor allem um eins: Die Kosten insbesondere im Personalbereich sollen drastisch gesenkt werden. Für die Belegschaften der betroffenen Unternehmen heißt das: Entlassungen, Lohnsenkungen und Mehrarbeit bei gleichem Lohn. Die BauBeCon-Belegschaft - gut informiert durch ihre Gewerkschaft - hat sich folglich vehement gegen den Verkauf der Immobiliengesellschaft gewehrt. Auf finanzielle und logistische Unterstützung ihrer Interessenvertretung mussten sie dabei diesmal allerdings verzichten. Die Hannoverische Allgemeine berichtete am 08.11.05 über Protestaktionen der Hannoverischen BauBeCon-Belegschaft und merkt an: "Oft werden Kosten und Organisation solcher Aktionen von den zuständigen Gewerkschaften getragen - die sind aber in diesem Fall als Anteilseigner der BGAG auf der Gegenseite."

Wohnungsausverkauf

Noch ist nicht absehbar, welche Folgen der Eigentümerwechsel für die Mieter hat. Den Mietzins künftig auf einem Konto in New York zu wissen, von wo aus dann am Cerberusfond beteiligte Ölmultis aus den arabi-

sehen Golfstaaten bedient werden, ist sicherlich noch das kleinere Übel. Der Direktor des Deutschen Mieterbundes, Dr. Franz-Georg Rips, beklagt in einer Pressemitteilung, dass weder die Gewerkschaftsholding BGAG noch der DGB auf die Proteste des Mieterbundes gegen den Verkauf reagiert haben, und fordert die Gewerkschaft auf, offen zu legen "ob, und wenn ja, welche Schutzrechte für die betroffenen Mieter vereinbart wurden."

Die Zeitung "Die Welt" beschäftigt sich am 11.11. d. J. mit dem "Ausverkauf am Wohnungsmarkt". Laut dieser Zeitung "befinden sich aktuell schon über 550.000 Wohnungen in den Händen amerikanischer und britischer Finanzinvestoren. Und Marktexperten gehen davon aus, dass diese Zahl noch auf 1,6 Millionen Wohnungen steigen wird. Vor dem Hintergrund dieser enormen Dimension wird die Frage nach den Exit-Möglichkeiten immer lauter."

Die bekanntermaßen alles andere als kapitalkritisch einzuordnende "Welt" aus dem Axel-Springer-Verlag macht sich Sorgen, dass die neuen Herren allzu rüpelhaft mit den erworbenen Wohnimmobilien umgehen. "Denn bekanntlich haben solche Finanzinvestoren nur einen begrenzten Anlagehorizont von wenigen Jahren - bei Renditeerwartungen auf das eingesetzte Kapital von 20 oder 25 Prozent."

(ebenda) Das heißt, dass man in den nächsten Jahren sicherlich erneut über einen Eigentümerwechsel berichten wird. Ungewiss ist lediglich, ob der Wohnungsbestand parzelli-

an Zwischenhändler verkauft wird. Oder ob man versucht, wie jetzt aktuell bei der Wohnbau Jade, die Wohnungen einzeln an Mieter oder private Kapitalanleger weiterzureichen. Am Ende der Wertungskette werden interessante Steuersparmodelle mit so genannten Schrottimmobilen auf den Markt kommen. □

Die Mückenillustrationen

auf der Titelseite und auf der Seite 3 haben wir dem Magazin 'metall', Mitgliederzeitschrift der IG Metall, entnommen. Sie entstammen der Feder Silvan Wegmanns.



Mütter Zentrum

Werftstr. 45

Tel. 506 106



Das MüZe-Team wünscht allen ein schönes und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Jahr 2006



Öffnungszeiten

Cafe MüZe:

Montag bis Freitag

9.30 bis 13.30 Uhr

Mittwochs auch

15 - 18 Uhr

Kommunalwahl 2006

Die Zersplitterung muss überwunden werden

Im nächsten Jahr ist Kommunalwahl. Wie steht es um die Alternativen, die Linken, die Umweltschützer – kurz um die, die sich durch SPD, FDP, Grüne oder CDU nicht vertreten sehen? Joachim Tjaden, der für die Alternative Liste im Stadtrat sitzt, hat die WALLI bekanntlich verlassen und versucht jetzt mit einer neuen Gruppe, wieder in den Rat einzuziehen. Was machen die anderen? Was macht die WASG, was macht die Rest-WALLI? Der Gegenwind bietet sich allen Gruppen als Diskussionsforum an – das Ziel muss heißen: Viele aktive Gruppen oder Grüppchen – aber nur eine Liste für die Kommunalwahl!



Breites Bündnis?

Für den 10. November hatte die WASG alle Interessierten zu einem Gespräch über die Kommunalpolitik Wilhelmshavens eingeladen. Über die knappe Ankündigung im letzten Gegenwind hinaus hatte sie auch einzelne Menschen persönlich angesprochen. Mit gutem Erfolg: Der Versammlungsraum der Gaststätte "Schwarzer Bär" war gut besetzt. Die meisten Gäste waren keine WASG-Mitglieder, sondern kommen aus Gewerkschaften, Verbänden oder der ALI oder sind gar nicht organisiert. Dem Bedürfnis nach einem breiten Bündnis jenseits der etablierten Parteien entsprach der Beschluss, nicht schnell eine Partei mit einem Namen und einem festen Programm zu gründen, sondern es zunächst einmal bei einem Arbeitskreis zu belassen, in dem Themen und Vorstellungen zur Kommunalpolitik gesammelt und diskutiert werden sollen. Für die festen Strukturen (die von einigen Gästen durchaus auch gewünscht wurden) ist noch ein bisschen Zeit; die Vorgaben aus dem Landeswahlgesetz fordern die Meldung einer Partei zur Wahl erst im Juni 2006.

Stellte es sich an diesem Abend so dar, als könnte wirklich ein breites Bündnis entstehen, deutet die zeitgleich erfolgte Gründung einer Gruppe um Joachim Tjaden (siehe Bericht in dieser Ausgabe) eher auf eine Spaltung hin - was schade wäre. Vielleicht bekommen die unterschiedlichen Gruppierungen, die der augenblicklichen Wilhelmshavener Kommunalpolitik etwas entgegensetzen wollen, es ja doch noch hin, das gemeinsam anzugehen!

Die am 10.11. Versammelten beschlossen ein nächstes offenes Treffen am 8. Dezember um 19.30 Uhr im Schwarzen Bären. (noa)

Keine neue Partei

gründeten die kommunalpolitisch interessierten BürgerInnen, die sich Mitte November zu einem zwanglosen Gespräch im "Kreuzelwerk" trafen. Anlass des Gesprächs waren zwar durchaus die 2006 anstehenden Kommunalwahlen sowie die teilweise öffentlich geführte Auseinandersetzung zwischen nicht-etablierten Parteien wie WALLI und Ex-WALLI-Vertretern, WASG und der Linken. Inhaltlich setzte man sich in diesem Rahmen damit jedoch nicht auseinander und kam überein, dass kritische, unzufriedene, politik-

verdrossene bzw. wahlmüde BürgerInnen nicht ad hoc durch noch eine neue "kleine" Partei zu mobilisieren sind.

Statt dessen wurde diskutiert, wie sich das konstruktive und kreative Potenzial der Unzufriedenen wecken lässt – und wie ganz bestimmt nicht. Versammelt waren übrigens Menschen quer durch verschiedene Altersgruppen, Berufe, Interessen und soziale Schichten, Ur-WilhelmshavenerInnen wie "Zugereiste", mit und ohne kommunalpolitische Erfahrung, vom ehemaligen Ratsmitglied bis zu "bis vor einer Stunde war ich noch ein vollkommen unpolitischer Mensch."

Der Abend brachte (aus Sicht der neutralen Beobachterin) zusammengefasst folgende Ergebnisse:

Es kann nicht darum gehen, immer nur zu nörgeln – wichtig ist, Stärken und Potenziale der Stadt und ihrer BürgerInnen zu erkennen, zu fördern und zu nutzen ("nicht alle sind lethargisch – viele tun schon was!").

Ein erneuter Rundumschlag durch den gesamten gesellschaftlichen, sozialen, ökologischen ... Themenkomplex würde wie üblich in oberflächlicher Beliebigkeit enden und die angesprochene Zielgruppe überfordern. Statt dessen soll zunächst ein einzelnes ganz konkretes Thema / Problem formuliert und angegangen werden, um daran zu lernen, Dinge aus verschiedensten Perspektiven intensiv zu betrachten und zu verstehen, Kräfte zu bündeln und aus kleinen Erfolge Mut und Motivation für mehr zu schöpfen: Bewusstseinsveränderung durch konkretes Handeln.

Es gilt herauszufinden, "wo die Sohle brennt". Was die WilhelmshavenerInnen wirklich beschäftigt, spiegelt sich nicht unbedingt in der "WZ" oder im Ratssaal wider. Im persönlichen Gespräch, ob am Infostand oder auf Veranstaltungen, erreicht man immer noch mehr Menschen als per Internet.

"Miteinander – Füreinander" ist nun der vorläufige Arbeitstitel des überparteilichen Gesprächs- und Aktionskreises, der aus diesem Treffen hervorging. Die nächste Zusammenkunft findet am 12.1.2006 im "Kreuzelwerk" statt. Alle, die sich von diesem Gedanken angesprochen fühlen, sind herzlich eingeladen. (iz)

A large, stylized handwritten signature in black ink that reads 'WALLI'. The letters are thick and somewhat abstract, with the 'L' and 'I' being particularly prominent.



BASU –

Freie Liste für Wilhelmshaven

Am 14.11.2005 wurde die BASU in Wilhelmshaven gegründet.

Eingeladen hatte hierzu der parteilose Rats Herr Joachim Tjaden ins Kreuzelwerk. Der Grund für die Einladung war die anstehende Kommunalwahl am 10. September 2006. Spätestens zu diesem Termin müssen die Wilhelmshavener Wähler die Möglichkeit haben, aktive, ehrliche und bürgernahe Politik wählen zu können.

Da in der vorhandenen oder angedachten politischen Landschaft Wilhelmshavens keine wählbare Alternative zu der untragbaren Politik der SPD zu erkennen ist, gab es nur die Möglichkeit zu versuchen, tatsächlich an Wilhelmshaven interessierte aktive Bürger an den Tisch zu bekommen, was gerade in Wilhelmshaven häufig recht schwierig ist.

Als erstaunlich zu bezeichnen ist daher, dass tatsächlich mehr kamen als erwartet. Wie sich schnell herausstellte, handelte es sich auch nicht um Bürger, die einfach nur einmal hören wollen, was so läuft, sondern Bürger, die selbst das Heft in die Hand nehmen wollen.

Nach vielen schlechteren Erfahrungen in der Vergangenheit stellte sich der Abend mehr als positiv dar.

Nicht nur die Zahl der Anwesenden, sondern vor allem der Wille zu Taten zeigte auf, dass es sie in Wilhelmshaven immer noch gibt, die Menschen mit dem Glauben an die Zukunft unserer Stadt.

Die Frage, ob es denn schon Gruppierungen vor Ort gibt, mit welcher man sich eine politische Veränderung unter dem Motto "Bündelung der vorhandenen Kräfte" in Wilhelmshaven vorstellen könnte, konnte klar mit "nein" beantwortet werden. Die Berichte aus schon bestehenden Gruppierungen, einige Anwesende waren hier zuvor selbst engagiert, verdeutlichten diese Ansicht. Es war in jeder Hinsicht ein sehr erfreulicher Abend.

Dank des umfassenden Wissens der Anwesenden um die Misslage der Stadt, die politischen Verhältnisse und der daraus resultierenden festen Überzeugung, dass nur der Weg – Neugründung einer politischen Gruppe – möglich ist, wurde die "BASU – Freie Liste für Wilhelmshaven" gegründet. Die Namenszusätze – Bildung – Arbeit – Soziales – Umwelt – verdeutlichen zudem, wo die Hauptschwerpunkte der BASU liegen werden.

Bis Ende November werden jetzt die nötigen Formalitäten abgearbeitet, damit spätestens im Januar die inhaltliche Arbeit aufgenommen werden kann. Da gibt es in Anbetracht der prekären Situation in Wilhelmshaven erheblichen Handlungsbedarf. (Joachim Tjaden)

leserbrief

WALLI, WASG, PDS, BASU - wo geht der Weg hin?

Seit Oktober 2001 sitze ich im Rat der Stadt Wilhelmshaven und versuche die Entscheidungen zumindest positiv zu beeinflussen. Das ist mir auch durchaus in manchen Fällen gelungen. Natürlich bin ich mit dem Erreichten nicht ganz zufrieden und stelle mir häufig die Frage, ob ich noch mehr hätte erreichen können.

Ich habe meine Ratsarbeit als Mitglied der WALLI gemacht, bis eine Zusammenarbeit mit den "handelnden" Personen in dieser Gruppe für mich nicht mehr vertretbar war. Natürlich habe ich mich, auch schon zu WALLI-Zeiten, immer nach Personen oder Gruppen umgesehen, mit denen eine effektive Zusammenarbeit für die Zukunft sinnvoll sein könnte.

Eines war für mich von vornherein klar: Für die nächste Kommunalwahl (10. September 2006) reicht es nicht aus, einziger Kandidat einer Gruppe für die Kommunalwahl zu sein. Ohne jedoch auf Personen bauen zu können, die bei dem anzustrebenden Wahlergebnis tatsächlich in die Rats-Bütt gehen wollen, musste ich einen anderen Weg wählen.

Ich habe das versucht, indem ich – in erster Linie auf die Bundestagswahl bezogen – der WASG beigetreten bin. Übrigens unter massivem Protest der WALLI-Mitglieder.

Hier hätten sich natürlich auch Möglichkeiten für die kommunale Ebene ergeben können und vielleicht auch sollen.

Aber auch dieser Weg führte nicht zum Erfolg. Zum Einen fanden sich am WASG-Tisch häufig mehr WALLI-Mitglieder als bei den eigenen WALLI-Treffen. Zum Anderen musste ich auch hier erkennen, dass die WASG-Gruppe nicht in der Lage sein wird, das umfangreiche Arbeitspensum und die Themenvielfalt unter den zeitlich engen Vorgaben für eine wirkungsvolle kommunale Politik zu leisten.

Natürlich gab es weitere Faktoren, diese Zusammenarbeit dann doch nicht weiter zu verfolgen. Auch hierzu möchte ich, wie schon nach meinem Austritt aus der WALLI, keine unnötigen, überflüssigen und für den Leser irrelevanten Erklärungen abgeben. Jeder möge sich sein eigenes Bild über die vorhandenen Gruppierungen machen.

Für mich stand eines seit längerer Zeit fest: Mit angezogener Handbremse werde ich nicht arbeiten können und wollen. Auch werde ich mich in Zukunft nicht nach dem "Langsamsten" ausrichten, sondern weiter versuchen, das Maximale zu erreichen.

Heute zeigt sich, dass es genügend Wilhelmshavener gibt, die meine Vorstellungen von kommunalpolitischer Arbeit mittragen und mitgestalten wollen und können.

Mit den 11 Gründungsmitgliedern der BASU – Freie Liste für Wilhelmshaven Bildung/Arbeit/Soziales/Umwelt - hat sich schon jetzt ein schlagfertiger Arbeitskreis zusammengefunden, der sich stetig erweitert.

Alein die Tatsache, dass die Mitstreiter nicht in eine politische Zwangsjacke gesteckt werden, macht offene Diskussionen möglich und erweitert den Handlungsspielraum

Ausreisezentren

Grüne Jugend in Wilhelmshaven hat sich neu formiert

(jes) Nachdem man schon fast annehmen musste, dass Jugendliche in Wilhelmshaven nichts mehr im Sinn haben außer Computerspielen und neuesten Handy-Modellen - hier ein Lichtblick...

Nachdem die bisherige Grüne Jugend sich aus verschiedenen Gründen auflösen musste, fanden sich sechs aufgeschlossene junge Menschen zusammen, die sich in unserer Stadt aktiv politisch engagieren wollen und die Grüne Jugend hier neu aufbauen.

Ihr Interesse und Engagement soll vor allem gerichtet sein auf realen und globalen Frieden, auf die Wahrung jeglicher Menschenrechte, den verantwortungsbewussten Umgang mit unserer Umwelt und allen Lebewesen, die Wahrung der demokratischen Grundsätze, jede Form der Freiheit, besonders der Pressefreiheit, und für eine gerechte und soziale Globalisierung.

Außerdem wenden sie sich gegen jede Form der Diskriminierung von Menschen, gegen Faschismus und gegen jede Form rechtsradikalen Handelns sowie gegen Sexismus jeder Art.

Aktuell setzen sie sich für bessere Lebensbedingungen in Abschiebungslagern ein.

Eine offene Informationsrunde zu diesem Thema fand Anfang November im Klingklang statt. Schade nur, dass es wenige Menschen gibt, die auch der Überzeugung sind, dass dies ein Thema ist, das uns aus Solidarität alle anzugehen hat...

Christoph und Lukas von der Grünen Jugend berichten selber darüber, wie die Bereitschaft zur "freiwilligen Ausreise" bei Asylsuchenden angeregt werden soll.

Ohne Druck geht gar nichts

Ausreisezentren – Wie die Bereitschaft, 'freiwillig' auszureisen, bei Asylsuchenden angeregt werden soll.

(von Christoph Müller und Lukas Boehnke, Grüne Jugend) Abschiebelager, Abschiebeknäste oder auch 'Ausreisezentren' genannt, sind Sammellager für Menschen. Mehr als dreißig dieser Orte, in denen anscheinend kein Gesetz gilt, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland.

Menschen ohne EU-Pass, die sich in Deutschland aufhalten und deren Antrag auf Asyl scheinbar keine Chance auf Erfolg hat, müssen ihren Wohnsitz in ein solches Lager verlegen. Sie haben keine Möglichkeit zu einem geregelten Leben. Kinder müssen die Schule abbrechen, Erwachsene ihre Arbeit aufgeben.

Die Abschiebehäftlinge sollen dazu be-

jedes Einzelnen.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass es über diesen Weg möglich ist, die politischen Verhältnisse in Wilhelmshaven massiv und nachhaltig zum Positiven zu verändern. Oberstes Ziel wird dabei die Sacharbeit sein – Fraktionszwang wird es bei der BASU nicht geben.

Nach den vielen positiven Gesprächen der letzten Tage bin ich persönlich gespannt, wer als nächstes auf den Zug BASU aufspringen möchte und natürlich auch aufspringen darf.

Wilhelmshaven kann sich die jetzigen politi-

weg werden, einer 'freiwilligen Ausreise' zustimmen. In den Lagern 'soll durch Betreuung und Beratung die Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise gefördert und die Erreichbarkeit für Behörden und Gerichte sowie die Durchführung der Ausreise gesichert werden', heißt das im Behördentext. Ständige nächtliche Verhöre, mangelnde medizinische Versorgung, Einschränkung der im Grundgesetz festgelegten Menschenrechte sind die Realität. "Ohne Druck geht gar nichts", lautet ein Kommentar des bayerischen Innenministers Steiner zu diesem Thema. Der Tagesablauf der Insassen in den Lagern wird diktiert und durch ständige Kontrolle überwacht.

Auch in Niedersachsen gibt es einige dieser 'Ausreisezentren'. Bekannt sind vor allem die unter dem Namen 'Projekt X' geführten Ausreisezentren in Braunschweig und Oldenburg und das Ausreisezentrum in Bramsche-Hesepe. An diesen Orten ist die Perspektivlosigkeit so groß, dass viele der Insassen keinen Ausweg sehen. Die Selbstmord- und Selbstverletzungsrate ist hoch. Außerdem kamen in den letzten zehn Jahren durch Maßnahmen der Behörden 281 Flüchtlinge ums Leben (Quelle: Info-Zentrum für Rassismusforschung). Sowohl in den Medien als auch im Wahlkampf spielten die dort herrschenden Misstände kaum eine Rolle. Einzig die Frankfurter Rundschau forderte vor kurzem: "Lager müssen abgeschafft werden!"

In Wilhelmshaven engagiert sich seit kurzem die neu formierte Ortsgruppe der Grünen Jugend für bessere Lebensbedingungen in Abschiebelagern. "Wir haben das Gefühl, man müsse zuallererst mehr Menschen mit diesem Thema und den dort herrschenden menschenunwürdigen Zuständen vertraut machen", so das Grüne Jugend-Mitglied Swantje Musa.

Ob und wie die neu gebildete Regierung mit der Thematik umgeht, bleibt abzuwarten. Fakt ist: Es muss gehandelt werden. Jeder muss ein Recht haben, nach den geltenden Menschenrechten leben zu können. □



schen Verhältnisse auf keinen Fall länger leisten und braucht eine echte Alternative zur heutigen planlosen SPD- Misswirtschafts-Schul-Sozial-Bildungs-Jugend-Finanz-Politik.

Ob sich die politischen Mehrheitsverhältnisse schon vor dem 10. September verändern werden, wird abzuwarten sein. Unzufriedene Ratsvertreter gibt es genug. Ob das Rückgrat ausreicht, bleibt abzuwarten.

Joachim Tjaden
Ratherr der Stadt Wilhelmshaven -
(noch) parteilos

Rattenschwanz

Der JadeWeserPort (JWP) schleppt eine Fülle unabschätzbare Folgewirkungen hinter sich her.

(jm) Aufgrund von Einwendungen gegen die JWP-Projektplanung sah sich die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest genötigt, ein Planänderungsverfahren einzuleiten. Sieben Beweissicherungskonzepte und zwei Planänderungsanträge mit zahlreichen Änderungs- und Zusatzmaßnahmen musste die JWP- Realisierungsgesellschaft der Genehmigungsbehörde nachreichen. Stahlpreiserhöhungen sowie Planänderungs- und Entschädigungs- und Folgekosten machen die Preiskalkulation für den Container-Terminal zu Makulatur.

So wollte man z.B. nur eine 1.725 m lange Spundwand für die Stromkaje des JadeWeserPort (JWP) verbauen. So steht's auch im Planfeststellungsantrag von 2004. Jetzt sollen insgesamt 600 m in den Jadegrund eingepfählte Spundwandstrecke hinzukommen!

Eine soll zwischen Kühlwasserentnahme und -ausfluss des Kraftwerks nördlich der Zufahrt zum Maadesiel und die andere an den landseitigen Schiffs Liegeplätzen der Niedersachsenbrücke eingerammt werden.

Diese aufwändigen Maßnahmen müssen – falls das Projekt genehmigt wird – bereits während des Baus des JWP durchgeführt werden. Denn der Ebbstrom, der jetzt noch unten durch die Gründungspfähle der Auffahrt zur Niedersachsenbrücke abfließen kann, würde sonst gegen die aufgeschüttete Südfanke dieser erkerartig in die Jade vorgeschobenen Hafenanlage prallen, wodurch die Strömung abgebremst und umgelenkt würde. Und das ist mit unerwünschten Effekten verbunden, denen man abhelfen muss:

- Die Abbremsung hätte zur Folge, dass das erwärmte, in die Jade zurückgepumpte Kühlwasser des Kraftwerks nicht mehr zügig genug nordwärts abfließen kann und die Wassertemperatur am Ansaugbauwerk vor dem Rüstersieler Deich so hoch wird, dass es im Kühlwasserkreislauf zu einem 'Kurzschluss' kommt; d.h., das Kraftwerk müsste mangels Kühleffekt abgeschaltet werden.



Abb. 1: Kraftwerk mit Kühlwasserabfluss, geplanter Prallwand und Kühlwasserentnahme mit Saugleitung Richtung Deich (gestrichelt); südlich davon das Maadesiel

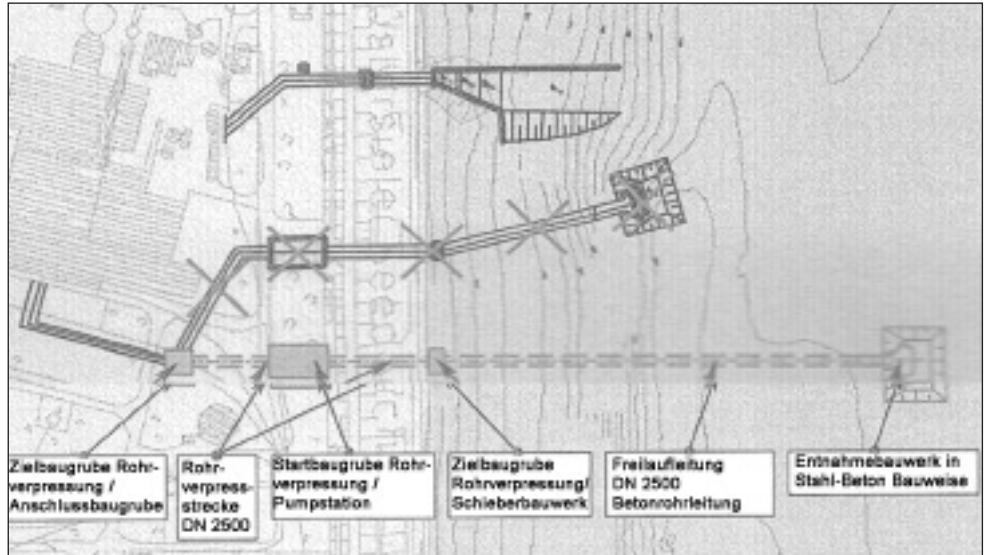


Abb. 2: Oben der umzubauende Kühlwasserausfluss und unten die zu verlegende Kühlwasserentnahme mit neuem Saugrohr zum Kraftwerk. In der Mitte die jetzige Kühlwasserentnahme mit Saugleitung (durchgestrichen). Links das Kraftwerk. Mitte senkrecht der Rüstersieler Deich.

Eine verringerte Strömung bewirkt zudem, dass sich mitgerissene Schwebstoffe und Sandfrachten vor dem Deich ablagern und sich die Wassertiefe dort so weit verringert, dass ein Wattstreifen am Deichfuß aus dem Wasser wachsen kann, der übrigens lt. Prognose erst weit südlich des Maadesiels - kurz vor der 4. Einfahrt - ausläuft. Die Kühlwasseransaugöffnung droht so mit zunehmender Aufhöhung des Meeresgrundes immer mehr Schlack- und Sandpartikel anzusaugen, was zusätzlich zur 'Kurzschlussgefahr', zu Schädigungen im Kühlwasserkreislauf führen würde. Und wie wir noch sehen werden, würden diese Probleme durch den Spundwandverbau der Niedersachsenbrücke noch verschärft ...

- Umgelenkt würde die Strömung unter der aufgeständerten Umschlagbrücke hindurch Richtung Jade-Fahrwasser. Hat auf der Seeseite einer der beladenen "Kohlefrachter" festgemacht, dann prallt die Strömung gegen dessen Unterwasserschiff, wobei der Staudruck so groß wird, dass er die Haltekkräfte der Trossen und Poller des Schiffes sowie der Leinenpoller auf der Umschlagbrücke übersteigen würde...

Zur Minderung beider Folgeerscheinungen auf ein vertretbares Maß wurde jetzt nachträglich beantragt,

- eine 400 m lange Spundwand zwischen Kühlwasseransaugwerk und -ausfluss parallel zum Deich, d.h. parallel zum Tidestrom zu bauen. Sie soll als Prallwand den Kühlwasserausfluss umlenken, damit sich dieses aufgeheizte Wasser nicht mehr so intensiv mit dem ursprünglich kühlen Jadewasser mischen kann. Der Kraftwerksbetreiber e-on

scheint jedoch den Bau einer neuen seewärts verlagerten Kühlwasseransauganlage und einen neuen von Versandung unbeeinträchtigtigen Kühlwasserabfluss zu favorisieren (und hat das mit dem Planantrag für einen 2. Kraftwerksblock getimed).

Doch die JWP-Realisierungsgesellschaft hat Neubauerwägungen nur als Option für spätere Zeiten in ihren Antrag mit aufgenommen. Sie begründet das damit, dass die Verlandung der Anlagen durch das Ausbaggern von Baggergruben in der Jade (zur Sandgewinnung für die Aufspülung des JWP-Hafenkörpers) zeitlich hinausgezögert würde. Die-

se würden bis zur Endphase ihrer natürlichen Wiederverfüllung den sonst am Verlandungsprozess im Bereich der Kühlwasserentnahme beteiligten Treibsand entziehen. Erforderlichenfalls könne man den Kühlwasserabfluss durch Baggerungen freihalten.

- die Umschlaganlage der Niedersachsenbrücke teilweise mit Spundwänden gegen den durchströmenden Ebbstrom abzuschirmen. Da die Modelluntersuchungen zweier Fachinstitute zu krass unterschiedlichen Ergebnissen über die auf die Trossen eines 300 m langen "Kohlefrachters" ausgeübten strömungsbedingten Zugkräfte kamen, beantragte man, sich zunächst im Zuge des Beginns der JWP-Bauarbeiten mit einer strömungsabschirmenden Stauwand von 120 m Länge zu begnügen. Diese soll - evtl. auftau-

ROCK FISCH
MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT
Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

chenden neuen Erkenntnissen entsprechend - bis auf eine Gesamtlänge von 200 m ausgebaut werden.

Doch dies wirft wieder neue Probleme auf:

- Die Versandung und Verlandung des Bereichs südlich der Niedersachsenbrücke wird durch die Strömungsabschirmung weiter verstärkt, sodass das Kühlwasserproblem des Kraftwerks weiter verschärft wird. Der Bau verlagter Kühlwasseraustauschanlagen und Neuverrohrungen wird noch akuter- und kostenaufwändiger.

- Die landseitigen Schiffsliegewannen versanden noch mehr als durch den JWP sowie schon. Der Aufwand für Unterhaltsbagerei wird steigen. Möglicherweise ist es kostengünstiger, sie durch die Verlängerung der Umschlaganlage zu verlegen. Dies stünde in Einklang mit den vom Niedersächsischen Hafenamt im Rahmen der Planfeststellungsverfahren geäußerten Zukunftsoptionen, die wohl im Bauantrag für einen neuen Kraftwerksblock ihre Grundlage haben.

- Der Staudruck des Ebstroms wird durch den Verbau dauerhaft auf die Spundwand und die Gründungspfähle der Umschlagbrücke übertragen. "Last not least" darf der die Gründungspfähle fixierende Grund dem ausgeübte Druck nicht nachgeben.

- An den Enden der Umschlagbrücke (und möglicherweise auch hinter der Spundwand) kommt es zu Auskolkungen ungewissen Ausmaßes, welche die Standfestigkeit der die Umschlagbrücke tragenden Gründungspfähle zusätzlich gefährden. Dem will man lt. Antrag durch Verfüllung mit Steinen nach vorgehendem Bodenaushub begegnen. Detaillierte Untersuchungen über die Standsicherheit der Brücke sind in dem Änderungsantrag nicht enthalten. Trotzdem hat man ungeachtet eventueller Statikprobleme schon mal Modelluntersuchungen in einer neuen Versuchsanordnung mit 120 m Strömungsverbau durchführen lassen, bei der die seeseitige Liegewanne von 15 m (unter Seekartennull) auf 18,50 m vertieft wurde und der o.a. "Kohlefrachter" einen um 3,20 m auf 17,50 m vergrößerten Tiefgang hatte.



Abb. 3: Modellversuchsbecken mit Versuchsanordnung JWP-Südflanke (unten), Niedersachsenbrücke (noch ohne strömungsabschirmenden Verbau) und Kohlenfrachter.

Das Experiment mit Verbau ist für den Antragsteller positiv verlaufen – aber das Ergebnis bezog sich ausschließlich auf einen über ein Modellschiff gelegten, mit Messinstrumenten bestückten Rahmen zur Feststellung der Zugkräfte. Ob die Pfahlgründungen der Niedersachsenbrücke dem widerstehen

könnten, wurde dadurch allerdings nicht beantwortet..

Außer für den Kraftwerkseigentümer e-on sowie das Niedersächsische Hafenamt – als Vertreter des Eigentümers der Niedersachsenbrücke – wird auch für die NWO, die IVG, die WRG und die Umschlaganlage Voslapper Groden (Betreiber INEOS; Eigentümer Land Niedersachsen) samt dem bereits vor 25 Jahren genehmigten Zubau einer Umschlagbrücke für Flüssiggas ein Beweissicherungsverfahren durchgeführt. Natürlich nicht, weil alle was gegen den Terminal haben, sondern weil sie sich vorsorglich von eventuell durch den JWP ausgelöste nachteilige Auswirkungen auf ihre Anlagen, z.B. Versandungen der Schiffsliegplätze, Standfestigkeit der Umschlagbrücken, schadlos halten wollen. Letztendlich werden die Bürger Niedersachsens auch noch für alle Folgekosten des JWP aufkommen müssen.

Nicht in der Beweissicherung mit aufgeführt ist das Maadesiel, für das die Stadt Wilhelmshaven zuständig ist. Dessen Binnenlandentwässerung dürfte durch die Verlandung wohl nicht weniger beeinträchtigt werden als der Kühlwasserausfluss des Kraftwerks einige hundert Meter nördlich davon. Weiter steht dahin, ob die seewärtige Zufahrt zur Sielschleuse für die Bootsschiffahrt weiter wie bislang durchfahren werden kann. Die Kosten für die Gewährleistung der unbeeinträchtigen Sielfunktion sowie der Schiffsanbindung der Maade an die Jade könnte also zur Gänze beim Wilhelmshaver Steuerzahler hängen bleiben.

Dem JWP hängt also ein ganzer Ratten-

schwanz gesicherter sowie möglicher und nicht erkannter Folgewirkungen an, für den letztlich die niedersächsischen und Wilhelmshaver Bürger den Gürtel noch enger schnallen müssen – sei es durch höhere Steuern und Gebühren oder durch Einschränkung der öffentlichen Dienstleistungen, Sozialabbau usw.

Völlig unzureichend in die Beweissicherung mit aufgenommen sind zudem der Jadedeusen und der Hohe Weg, für die das Nationalparkamt als niedersächsische Fachbehörde zuständig ist. So sind für diese beiden vor unserer Haustür liegenden Wattenmeerbereiche weder den JWP-Bau begleitende topographische Vermessungen noch Kartierungen sich baubedingt verlagernder Sedimentstrukturen bestehend aus Feinsand, Schlicksand und Schlick vorgesehen. Sedimentumlagerungen im Wattenmeer sind von den dort ansässigen Bodentieren und –pflanzen jedoch nur begrenzt verkräftbar. Sie sind hoch spezialisiert und hochgradig an jeweils verschiedene Wassertiefen und Bodenarten angepasst. Von ihrer Existenz und Populationsdichte sind wiederum nahrungsspezialisierte Fisch- und Vogelarten abhängig.

Was auf dem Spiel steht, hat der Gutachter Prof. Dr. Ing. habil. Zanke in seinen Untersuchungen zu Langzeitauswirkungen des JWP auf den Fedderwarder Priel herausgefunden. Die Baumaßnahmen würden die dortigen Strömungsverhältnisse und die Wassertiefen verändern. Der Fedderwarder Priel liegt auf der Weserseite des Hohe Weg Watts... □

meldungen



Die Rohrdommel bedankt sich persönlich beim Oberbürgermeister von Wilhelmshaven für den außerordentlichen unermüdlichen und nicht zuletzt selbstlosen Einsatz zur Errichtung eines Naturschutzreservates auf dem Voslapper Groden und bringt ihm das Amtsschreiben zurück, mit der Aufforderung, den Voslapper Groden schnellstmöglich zu verlassen, sonst...
...mit dem Zusatz: P.S. bitte nach dem Lesen sorgfältig verbrennen!

Hotelneubauten

in Wilhelmshaven – eine neue typische Wilhelmshaven-Posse.

Holiday Inn: Seit Monaten taucht mit unabhängiger Gewissheit mindestens einmal pro Woche in der Wilhelmshaver Zeitung die Meldung auf, dass das Hotel auf jeden Fall gebaut werde. Die einzige Tätigkeit, die dort in den letzten Wochen zu beobachten war: Die Jahreszahl der Inbetriebnahme wurde von 2006 auf 2007 heraufgesetzt. Wir empfehlen hier eine automatische Anzeige!

JadePortHotel: Für diesen Neubau am Südstrand wurde der Seeräuber mit seinem Café Seewärts aus seinen Räumen vertrieben. Leere Fensterhöhlen spiegeln dort den Zustand unserer Stadt wider. Wie der Gegenwind aus absolut sicherer Quelle erfahren hat, hat der Betreiber das Projekt aufgegeben. (hk)

Späte Ehrung

für den ehemaligen Oberstadtdirektor Dr. Gerhard Eickmeier. Der Club zu Wilhelmshaven (CzW), eine Vereinigung abgewickelter Wilhelmshaver, verlieh ihm das Ehrenschild. Diese Ehrung ist völlig unbedeutend – wurde sie doch von genau den Leuten ausgeführt, mit denen Eickmeier in seiner Zeit als Oberstadtdirektor seine bürgerferne Politik durchsetzte. Mit Eickmeier wurde die Desbzw. Nichtinformation der Bürgerinnen und Bürger über bevorstehende oder geplante Projekte zur offiziellen Politik der Stadt Wilhelmshaven – "die zerreden doch nur alles". Doch wie gesagt – eine völlig unbedeutende Ehrung. (hk)

“Gehen Sie doch zur Tafel!”

Hartz IV hat der “Wilhelmshavener Tafel e.V.” erwartungsgemäß mehr Zulauf gebracht

(noa) Am 8. November konnte die Monatsversammlung der Arbeitsloseninitiative Herrn Henry Pries, den Vorsitzenden der “Wilhelmshavener Tafel e.V.,” begrüßen. Einiges von dem, was er berichtete, ist den regelmäßigen Gegenwind-LeserInnen bekannt, denn wir haben diesen Verein vor etwa einem Jahr vorgestellt (vgl. “Beachtliche Entwicklung” in GW 203).

Warum machen die das?

10 bis 15 % aller frischen Lebensmittel werden noch vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums vernichtet, weil sie nicht gekauft werden – denn mittlerweile stehen im Kühlregal schon “noch frischere” Waren. Wer kennt das nicht: Vorne steht die Milch, die noch mindestens drei Tage hat, dahinter die, deren Mindesthaltbarkeitsdatum ihr noch zwei Tage mehr verheißt – und wir nehmen die von hinten, obwohl wir den Pudding schon heute Nachmittag kochen wollen.

Henry Pries entstammt einer Generation, für die das Wegwerfen von Lebensmitteln eigentlich unvorstellbar ist. Das ist eines der Motive, die ihn bewogen haben, sich bei der “Tafel” zu engagieren.

Das hier beschriebene Verbraucherverhalten kann er nicht ändern (wenn er, ausgestattet mit einem Besorgungszettel, im Auftrag seiner Frau in den Supermarkt geht, verhält er selber sich genauso – er würde sonst zu Hause Ärger kriegen). Aber diese nicht mehr verkäuflichen, durchaus aber noch guten Lebensmittel vor der Vernichtung bewahren, das kann er wohl. Und dabei kann er vielen Leuten, bei denen das Geld sehr knapp ist, immer wieder zu einer ausreichenden Mahlzeit verhelfen.

Wie geht das?

Das Prinzip der “Tafel” ist ganz einfach. Sie holt aus den Lebensmittelgeschäften die nicht mehr verkäuflichen Lebensmittel ab und verteilt sie an Bedürftige. Alles, was damit zusammenhängt, ist nicht so einfach. Bei der Wilhelmshavener Tafel sind 35 ehrenamtliche Helfer in ihrer Freizeit damit beschäftigt, diese Umverteilung zu organisieren. Die Lebensmittel werden aus den Märkten abgeholt und zum Textilhof gebracht, wo schon Freiwillige warten, um sie zu begutachten und angemessen zu lagern. Hier wird gründlich aussortiert, denn Lebensmittel, die erkennbar nicht mehr gut sind, dürfen auch “für umsonst” nicht abgegeben werden. Die Bestimmungen des Lebensmittelrechts gelten auch hier, und Herr Pries ist mittlerweile zum Spezialisten in diesem Fach geworden. An zwei Ausgabeta- gen wöchentlich (Dienstag Vormittag und Freitag Nachmittag) “wird der Laden geöffnet”: Wieder andere Ehrenamtliche sorgen dafür, dass die Menschen, die da Schlange stehen, nicht umsonst gekommen sind und nicht ewig stehen müssen. Und dann ist im-

mer noch nicht Schluss, denn die Sachen, die man wirklich nicht mehr essen sollte, müssen weg, genau wie jede Menge Verpackungsmaterial. Außerdem müssen die Räumlichkeiten stets sauber sein; geputzt wird also auch regelmäßig.

Es wird knapper

80 bis 100 t Waren – das sind fünf Güterwaggons – bewegen die ehrenamtlichen Kräfte der Wilhelmshavener Tafel pro Jahr. Diese Menge ist in den letzten Jahren einigemaßen konstant geblieben.

Hat Hartz IV sich bei der Wilhelmshave-

Danke!

“Erntedank liegt nicht lange zurück. Die Wilhelmshavener Tafel e.V. möchte den Märkten, bei denen wir regelmäßig Lebensmittel und andere Waren abholen dürfen, deswegen einmal ausdrücklich danken”, sagte uns Herr Pries, als wir ihn bei der ALI-Versammlung trafen. Das geben wir gerne weiter. Also: Vielen Dank an

- ◆ *Schlachterei Bruns in Steinhausen,*
- ◆ *Bäckerei Siemens in Rüstiersiel und*
- ◆ *Bäckerei Rohlf's in Sande,*
- ◆ *an die Combi-Märkte in der Sven-Hedin-Straße, in der Gökerstraße und in der Nordseepassage,*
- ◆ *an den extra-Markt im Mühlenweg,*
- ◆ *an die Lidl-Märkte in der Freiligrathstraße, in der Posener Straße und in der Güterstraße,*
- ◆ *an Marktkauf in der Flutstraße,*
- ◆ *an Mios im Krabbenweg,*
- ◆ *an die Neukauf-Märkte in der Zedeliusstraße und Am Wiesenhof,*
- ◆ *an die Netto-Märkte in der Weserstraße und der Ernst-Barlach-Straße,*
- ◆ *an Naturata in der Gökerstraße,*
- ◆ *an die Plus-Märkte in der Kopperhörner Straße, in der Bismarckstraße 54 und in der Bismarckstraße 249, in der Peterstraße/Ecke Banter Weg, in der Posener Straße, in der Freiligrathstraße, in der Gökerstraße und in der Börsenstraße,*
- ◆ *an die Rossmann-Filialen Marktstraße, Posener Straße und Nordseepassage,*
- ◆ *an den Getränkemarkt Zisch in der Gökerstraße und*
- ◆ *an die NWO (Nordwest-Ölleitung) für die Fahrzeugspende!*

ner Tafel bemerkbar gemacht? Dies war eine der Fragen, die Herrn Pries in die Einladung geschrieben worden waren. Ja, allerdings. Kamen bis Ende 2004 an jedem Ausgabetag etwa 100 bis 120 Menschen zum Textilhof, um sich Lebensmittel abzuholen, waren es ab April/Mai 2005 schon 120 bis 130, und mittlerweile sind es 150 bis 160 Personen jeden Dienstag und Freitag, die für eine Tüte Lebensmittel anstehen. In den Nebenstellen Sande, Schortens, Friedeburg, Wittmund und Esens sind es zusammen auch noch mal gut 300. Mehr dürfen es eigentlich nicht werden, denn, wie gesagt, die verfügbare Menge Güter ist nicht mitgewachsen.

Von den “Neuen” haben einige, als sie

sich erstmalig meldeten, gesagt, dass sie den Tipp, zur Tafel zu gehen, von ihrem Fallmanager beim Job-Center bekommen haben. Die Verwalter des Elends scheinen durchaus zu wissen, was sie da machen müssen...

Insofern war Herr Pries auch ein wenig zurückhaltend, denn sein Auftritt bei der ALI sollte nicht dazu dienen, alle einzuladen, regelmäßig zu kommen und jede Menge abzuholen. “Würden tatsächlich alle kommen, die bedürftig sind, dann würde es nicht reichen”, sagte er. Bedürftig sein, das ist keine subjektive Einschätzung, sondern ein Begriff, der auch im Amtsdeutsch vorkommt. Wer Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder eine kleine Rente bezieht, ist bestimmt bedürftig; die allein erziehende Mutter, die einen Teilzeitjob hat, mit dem sie gerade so viel verdient, wie sie auch ohne ihren Job bekommen würde, darf aber auch nachfragen. Und diese Leute bekommen dann einen Berechtigungsausweis der Tafel. 600 Menschen haben einen solchen Ausweis, und eingedenk der Tatsache, dass einige von ihnen Familie haben, kann man davon ausgehen, dass wohl 1200 Menschen ihren Speiseplan mit Hilfe der “Tafel” regelmäßig anreichern.

Wer hilft?

Die Versammlungsteilnehmer waren sehr interessiert an den Ausführungen von Herrn Pries und fragten ihm Löcher in den Bauch. “Wie finanziert sich die Tafel? – Sie haben doch sicher jede Menge Kosten.” Nun, einen Teil ihrer tatsächlich nicht unbeträchtlichen Kosten – Miete, Energie, Benzin, Entsorgungskosten – decken die Mitgliedsbeiträge. 180 Menschen entrichten monatlich 3 Euro. Das würde aber längst nicht reichen, und zum Glück gibt es immer mal wieder Spenden von Institutionen und Einzelpersonen. Außerdem zahlen diejenigen, die sich hier mit Nahrungsmitteln eindecken, pro Abholung einen Euro.

Und dann gibt es die fünf “1 Euro-Jobs”, die in Wirklichkeit 1,50 Euro-Jobs sind, von denen auch ein bisschen Geld beim Verein bleibt.

“Wie hilft die Stadt? Können Sie wenigstens kostenlos entsorgen?” Tja, die Stadt ist der Tafel mit Sicherheit sehr dankbar, doch diese Dankbarkeit findet leider nicht einmal in kostenloser Müllabfuhr ihren Niederschlag – viele Versammlungsteilnehmer meinten, das wäre doch wohl das Mindeste. Als eine Art “Reparaturbetrieb des Staates” bezeichnete einer die “Tafel”.

“Was für eine Motivation haben die vielen Ehrenamtlichen?” Diese Frage stellt sich wahrscheinlich nicht nur bei der Tafel, sondern bei jeder Art ehrenamtlichen Engagements. Herr Pries wusste zu berichten, dass unter denen, die hier z.T. schon seit Jahren einen Teil ihrer Freizeit einem guten Zweck zur Verfügung stellen, Freundschaften entstanden sind. Sie kommen (und bleiben dabei) nicht nur, weil sie etwas Nützliches tun wollen, sondern weil sie es zusammen tun wollen. □

Ratlos?

Die Arbeitsloseninitiative muss ihr Beratungsangebot noch mehr einschränken

(noa) Als wir im Januar mit Werner Ahrens, dem Sozialberater der ALI, sprachen, erklärte er uns u.a.: „...wir machen weiter, solange wir können, solange wir Geld haben.“ Jetzt ist das Ende des Geldes so nah, dass Werner sich zum 1. Dezember arbeitslos melden muss und ab dann nur noch eine „geringfügige Beschäftigung“ bei der ALI haben wird.

Seit 1. Januar 2005 gibt es vom Land keine Förderung mehr für Arbeitslosen- und Sozialhilfe-Initiativen. Auch das ist eine Folge von Hartz IV: Die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe hat die Gründung der ARGEn mit sich gebracht, und deren Beratungsangebot sei ausreichend, so findet das Land Niedersachsen. Wer Alg II-Empfänger kennt – seien es nun vormalige Sozialhilfeberechtigte oder ehemalige Arbeitslosenhilfebezieher –, weiß, dass das nicht zutrifft. Sie brauchen Beratung und Hilfe, um gegen Bescheide der ARGE vorzugehen, und natürlich bekommen sie diese Beratung und Hilfe nicht bei der ARGE.

Die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland bekommt nur noch Geld von der Stadt Jever (1000 Euro jährlich) und von der Gemeinde Sande (520 Euro jährlich). Darüber hinaus ist sie aber vollständig auf ihre Mitgliedsbeiträge angewiesen. 15 Euro im Jahr sind viel Geld, wenn man es sich vom Alg II abzwacken muss, aber wenig Geld, wenn man davon einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz erhalten will.

Wir sprachen mit Werner Ahrens über die finanzielle Situation und die Zukunft der ALI – und seine eigene.

Gegenwind: Im Januar hast du uns gesagt, es würde noch drei oder vier, vielleicht auch fünf oder sechs Monate weitergehen mit der Beratungsarbeit. Jetzt ist schon November. Wie habt ihr das möglich machen können?

Werner: Dass wir bis jetzt ausgehalten haben und nicht nur bis Mitte des Jahres, liegt daran, dass Betroffene, also Erwerbslose, dem Verein beigetreten sind und uns Geld geben, das sie eigentlich für etwas anderes, nämlich für ihren Lebensunterhalt, brauchen. Und wir haben Privatspenden bekommen, die unser Konto aufbesserten.

Wie viele Neueintritte hattet ihr?

Das weiß ich nicht so genau. Jedenfalls sind es jetzt etwa 500 Mitglieder. Es sind viele beigetreten, aber leider sind auch einige, die jetzt in Rente sind, ausgetreten. Aber nicht alle Rentner – einige haben uns die Treue gehalten.

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Es gab mehr Beitritte als Austritte, aber nicht genug, um den Arbeitsplatz zu sichern? Richtig.

Du musstest ja schon zu Beginn des Jahres deine Arbeitszeit auf 28 Stunden reduzieren, nachdem es auch zu guten Zeiten zwei volle Stellen gegeben hatte.

Ja, das war zu Zeiten des FAS-Programms.

Nun wirst du dich also zum 30.11. arbeitslos melden und Arbeitslosengeld beziehen – nicht Alg II?

Nein, Arbeitslosengeld.

Das wird aber doch nicht so hoch sein, nachdem du jetzt 11 Monate lang eine Teilzeitstelle hattest.

Da wird nicht nur das geringere Gehalt aus diesem Jahr eingerechnet, sondern es wird eine Mischkalkulation geben, weil für die Höhe des Arbeitslosengeldes die drei Jahre vor der Arbeitslosigkeit zählen.

Und dann wirst du eine geringfügige Beschäftigung hier haben?

Ja. Wir haben noch viele Widersprüche von Erwerbslosen laufen. Die müssen abgearbeitet werden. Und das geht ehrenamtlich nicht, dafür fehlt die Legitimation. Ich arbeite ja über Vollmachten, und das erlaubt das Rechtsberatungsgesetz Ehrenamtlichen nicht.

Und wie lange wird das mit dem Mini-Job laufen?

Im Februar ziehen wir die Mitgliedsbeiträge für das Jahr ein. Das wird dann wieder für einige Monate Beratungsarbeit reichen. Und Vorträge und Schulungen, die wir bei Vereinen und Institutionen veranstalten, bringen auch ein bisschen Geld.

Wenn du dich arbeitslos meldest, musst du dich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen.

Ja, das werde ich auch tun. Laut SGB III darf ich 14 Stunden arbeiten und 165 Euro zum Arbeitslosengeld dazuverdienen, und ich suche Arbeit.

Wo?

In erster Linie bei Organisationen, die Ähnliches machen wie wir hier, z.B. beim Regionalverband der Erwerbsloseninitiativen.

Arbeitslose müssen flexibel sein. Sie dürfen nicht erwarten, nur in ihrem Wunschberuf Beschäftigung zu finden. Was kommt für dich sonst noch in Frage? Was hast du gelernt?

Eigentlich vieles. Ich habe Matrose und danach Schiffsmechaniker gelernt.

Dann könntest du ja auch beim Marinearsenal arbeiten...

... Wenn da nicht der Arbeitsplatzabbau stattfände.

Und wenn du gar nichts findest, kommst du auch unter das Hartz IV-Gesetz, sinkst auf Arbeitslosengeld II und musst dann jeden Job annehmen.

Das ist nicht erst bei Alg II der Fall. Ab dem 7. Monat der Arbeitslosigkeit ist der Berufsschutz weg, und man muss Angebote mit ei-

nem Einkommen in Höhe des Arbeitslosengeldes plus Werbungskosten annehmen.

Da kann man dir nur die Daumen drücken, dass die ALI schnell viele neue Mitglieder und Spender bekommt und dein Arbeitsplatz weitergeht.

Es geht nicht um meinen Arbeitsplatz, sondern darum, dass die Beratungsarbeit weitergehen kann, denn die ist notwendig.

Da macht ihr ja jetzt das LOS-Projekt. Geht es darum, Nachwuchs zu schulen für die Sozialberatung?

Ja, uns ist es darum zu tun, Multiplikatoren für die Sozialberatung heranzubilden.. Leider ist der Zeitraum viel zu kurz. Man kann in der Kürze der Zeit nicht alle Gesetze durcharbeiten, die man für die Beratungsarbeit kennen muss. Die Anträge wurden jetzt im Herbst gestellt, und bis Mitte nächsten Jahres muss das Projekt abgeschlossen sein.

Wenn LOS fortgesetzt wird, könnt ihr ja in einem Folgeprojekt einen Aufbaukursus durchführen.

Wenn es weitergeführt wird, werden wir das tun.

Wie viele Personen werden mitmachen?

Es besteht sehr viel Interesse, etwas zu tun. Bisher haben 12 Menschen ihr Interesse bekundet, an dem Projekt teilzunehmen.

Was wird außer Gesetzen Inhalt des Lehrganges sein?

Wir werden auf die Entstehung der Sozialgesetze eingehen, damit die Teilnehmer einen Überblick bekommen. Es werden in Rollenspielen Beratungssituationen durchgegangen, es gibt eine Rhetorik-Schulung und Kommunikationstheorie.

Wer wird unterrichten?

Ich werde selber einen Teil der Seminare durchführen; zu speziellen Fragen werden wir externe Fachleute, z.B. Sozialrechtler, dazuholen, und Mitarbeiter von "Arbeit und Leben" werden mitarbeiten. Und wir werden Lehrgänge anderer Einrichtungen nutzen. Die Planungen für unser LOS-Projekt laufen auf vollen Touren.

Viel Erfolg dabei, und vielen Dank für das Gespräch! □



Ackis Rundschatz

Landschaftspfleger – Neue Berufssparte bei den Stadtwerken?

Wie in der letzten Ratssitzung bestätigt wurde, hat die Stadtwerke GmbH ca. 100 ha des Voslapper Grodens gekauft. Sicherlich würden auch die Antworten auf die Fragen "Warum?", "Zu welchem Zweck?", "Zu welchem Preis?" interessant sein.

Ganz sicher war hier wieder einmal das "Leuchtturmprojekt" JWP antreibende Kraft.

Zu dem Warum: Man witterte wohl ein Geschäft für die Zukunft.

Zu welchem Zweck: Um diese Flächen in die Grundstücksvermarktungsgesellschaft einbringen zu können. Eine Gesellschaft, die schon seit weit über einem Jahr auf die Gründung wartet.

Zu welchem Preis: Die Grundstückskosten für die Stadtwerke dürften sich auf rund 9 Mio. Euro belaufen.

Ob dieses "Geschäft" der Stadtwerke GmbH rechtlich einwandfrei ist, dürfte wohl angezweifelt werden. Jetzt, der Voslapper Groden ist Vogelschutzgebiet, ist Wolfgang Frank (Stadtwerke) plötzlich Besitzer eines hochwertigen Naturschutzgebietes.

Neben den bekannten Aufgaben der Stadtwerke wird nun wohl noch eine Abteilung Landschaftspflege eingerichtet werden müssen.

Freizeitzentrum Nord

Nun gibt es doch ein gutes Ende für die Jugendlichen in Wilhelmshaven. Das Freizeitzentrum wird gebaut! So die Aussagen von Carsten Feist (Jugendamt) im Jugendhilfeausschuss.

Einem privaten Investor wird jetzt ein Teil des Grundstücks auf dem Schulhof der Schule Nogatstraße verkauft. Dieser errichtet das neue Gebäude und garantiert die rechtzeitige Fertigstellung. Die Stadt mietet das FZN nach seiner Fertigstellung mit einem langfristigen Vertrag an.

Damit dürfte, nach der langen Zeit der Unsicherheit, endlich alles unter Dach und Fach sein.

Externer Berater

Die Stadt beauftragt jetzt für 100.000 Euro einen externen Berater, um das Schuldenproblem der Stadt lösen zu lassen. Den Auftrag dazu erteilte nicht der Rat der Stadt, welcher für eine solche Auftragsvergabe zuständig ist, sondern der Verwaltungsausschuss. An-

geblich war keine Zeit mehr, um den Rat der Stadt einschalten zu können.

Das Haushaltsdefizit für 2006 - ca. 40 Mio. Euro - ist der Verwaltung seit Monaten bekannt. Auch, dass weder die Verwaltung noch die Politik in der Lage ist, dieses Problem auch nur ansatzweise lösen zu können, dürfte nicht erst durch eine nächtliche Eingebung bekannt geworden sein.

Man wollte den Rat nicht beteiligen.

Ob nun die Verwaltung oder die Politik selbst den zuständigen Rat der Stadt ausgeschaltet hat, darüber kann man nur Vermutungen anstellen.

Eines ist sicher, wer auch immer die nötigen Einsparungen ermittelt, es wird einschneidende Auswirkungen für die Bürger haben.

Dies könnte zum Beispiel die SPD-Spitzen dazu bewogen haben, nicht selbst tätig zu werden, sondern einen externen Gutachter als Überbringer der schlechten Nachrichten zu benutzen.

Damit wird sich die Mehrheitsgruppe immer darauf beziehen können, dass nicht sie selbst daran schuld ist, wenn es an allen Ecken und Kanten zu Streichungen kommt. Bei jeder für die Bürger negativen Sparmaßnahme wird die Mehrheitsgruppe auf den Berater verweisen und immer wieder beteuern, dass sie das ja nicht so wollte.

An der Finanzmisere der Stadt ist aber nicht die Verwaltung schuld. Auch können nicht alle negativen Einflüsse auf landes- oder bundespolitische Entscheidungen abgewälzt werden. Vieles von dem, was die Bürger jetzt ausbaden müssen, ist nur aufgrund der SPD-Politik vor Ort entstanden.

Vielleicht hätte sich nicht die Stadt, sondern die SPD selbst einen externen Berater einkaufen sollen. Den könnte sie gut gebrauchen, nicht nur bei Finanzfragen.

Aktuell: Nun soll diese Entscheidung doch noch in den Rat kommen. Nachträgliche Absegnung eines längst unterschriebenen Vertrages?

Hafenentwicklungsplan

Gibt es nun einen Hafenentwicklungsplan oder nicht?

Im Dezember 2004 wurde dem Oberbürgermeister feierlich der neue Hafenentwicklungsplan überreicht. Schon damals hatte ich die Vermutung, dass der Ordner prall gefüllt war, aber mit Altpapier.

Seit jetzt fast einem Jahr versuche ich, diese

Unterlagen zu bekommen. Kleinlaut gab man im Januar 2005 zu, dass diese Unterlagen noch nicht ganz fertig seien und es noch einige Tage dauern würde. Ich versuchte es im Laufe des Jahres immer wieder. Vergeblich!

Auch nach der freudigen Nachricht im September, dass ich die Unterlagen schon sehr bald in meinem Ratsfach haben werde, tat sich wieder einmal nichts.

Vielleicht sollte sich die schreibende Presse - die WZ berichtete mit großem Bild - vor der Veröffentlichung vom ordnungsgemäßen Zustand der abgelichteten Ordner überzeugen. Nicht überall, wo "Hafenentwicklungsplan" draufsteht, ist auch einer drin.

Deichsicherheit

Alljährlich kann der interessierte Bürger das gleiche Schauspiel an der Küste beobachten. Am Deich türmt sich Maulwurfhaufen an Maulwurfhaufen. Bis eines Tages all diese schwarzen Haufen wie durch ein Wunder verschwunden sind.

Ein sicheres Zeichen dafür, dass der Tag der Deichschau bevorsteht.

Nicht dass die Maulwürfe selbst die Schandflecken jedes Jahr rechtzeitig beseitigt hätten. Nein! Menschen mit Maschinen sorgen für Ordnung auf den Deichen.

Nun kann ich nicht sagen, ob die Maulwürfe schlussendlich für unsichere Deiche sorgen. Was mich viel mehr beschäftigt, ist die Frage, warum es an der Wilhelmshavener Küste Deichabschnitte gibt, die nicht die vorgeschriebene Höhe haben, sondern an manchen Stellen fast einen Meter niedriger sind, wie mir ein Fachmann erklärte.

Auch der Umstand, dass die Schleusentore der 4. Einfahrt weit niedriger sind als die Deiche, wurde mir in diesem Gespräch erst richtig klar und bringt mir, der in Voslapp wohnt, natürlich ein erhebliches Mehr an Sicherheitsgefühl. Niemand wünscht sich, dass es wieder einmal zu einer Sturmflut kommt. Aber was passiert, wenn es denn doch einmal wieder so weit ist?

Vielleicht läuft das Wasser am Voslapper Seedeich bis auf 2 m unter die Deichkrone auf. Aber höher steigt es nicht. Dann laufen zuerst, über die Schleusentore der 4. Einfahrt, alle dahinter liegenden Hafenflächen voll. Wenn diese vollgelaufen sein sollten, bevor der Ebbstrom einsetzt, dürften die Bewohner im tiefliegenden Innenstadtbereich nasse Füße bekommen.

Und spätestens dann, so hoffe ich als Voslapper, ist ablaufend Wasser.

Schleuseninsel

Am 15.11.05 sollten die ersten Beschlüsse über die 33. Änderung des Flächennutzungsplans - Schleuseninsel - im Bauausschuss erfolgen. Die entsprechenden Vorlagen standen auch auf der Tagesordnung, was einige interessierte Bürger in den Ausschuss lockte. Vergebens! Stadtbaurat Kottek zog die Vorlagen zurück, was nicht nur die Bürger wunderte. Seine Begründung dazu klang im ersten Moment logisch. Die Planer haben Differenzen zwischen den eigenen Vorstellungen und den Vorgaben festgestellt, und aus diesem Grund sollen diese Unstimmigkeiten erst einmal ausgeräumt werden.

Bei näherer Betrachtung darf man aber an dieser Begründung zweifeln.

Die Vorplanungen waren schon am 21.06.2005 abgeschlossen. Schon hier hät-

Jonathan



Naturkost

Jonathan bringt's:

Die frische Abo-Kiste
mit Obst & Gemüse der Saison.

Jetzt bestellen!

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

ten die Differenzen ausgeräumt haben können. Selbst danach waren noch 4 Monate Zeit für die Ausräumung von unstimmgigen Punkten. Zudem fehlte in der Begründung von Kottek jeglicher Hinweis darauf, welcher Art die Differenzen sind.

Sieht man sich die Themen Schleuseninsel, Voslapper Groden und JWP im Zusammenhang etwas genauer an, könnte es durchaus andere Gründe geben, die Vorlagen nicht behandeln zu wollen.

Im Vorentwurf zum Bebauungsplan Schleuseninsel heißt es:

Die Schleuseninsel ist als einziger Hafenbereich sowohl an die Jade als auch an den inneren Hafen direkt angebunden. Diese Flächen sind im Zusammenhang mit der Entwicklung des Jade-Weser-Ports für eine Intensivierung des hafenbezogenen Gewerbes vorzubereiten.

So könnten andere als die angegebenen Gründe ausschlaggebend gewesen sein:

► Eine Entwicklung der Schleuseninsel würde nur dann Sinn machen, wenn eine vernünftige Verkehrsanbindung (z.B. Hafentorbrücke) geschaffen wird.

Die Stadt hat aber den Insolvenzverwalter praktisch schon im Hause und wird wohl kaum die nötigen Mittel für eine derartige Erschließung aufbringen können.

► Die Planungen für den planungsauslösenden JWP sind deutlich in Verzug gekommen. Selbst die jetzt angestrebten Termine (Planfeststellungsbeschluss ca. Mai 2006) stehen nicht fest.

► Die Ansiedlung von JWP-Wertschöpfungsbetrieben auf dem Voslapper Groden wurde in Wilhelmshaven immer wieder mit erheblichen Arbeitsplatzwachsen propagiert. Jetzt steht der Voslapper Groden unter Schutz und kann, zumindest für einen langen Zeitraum, nicht bebaut werden.

Damit sind alle (ohne extrem übertriebenen) Versprechungen nicht mehr haltbar. Die Bürger der Stadt könnten schon sehr bald die Frage stellen, wo denn der Oberbürgermeister nun die versprochenen Arbeitsplätze am JWP schaffen will, da der JWP selbst bekanntlich kaum Arbeitsplätze bringt.

Nun müssen diejenigen, die den JWP in der Öffentlichkeit immer wieder als Arbeitsplatzmaschine verkauft haben, dringend daran arbeiten, dem Bürger neue Flächen dafür nennen zu können.

Hier könnte dann die Schleuseninsel ins Visier kommen. Dazu müssten aber die vorgelegten Planungen auf der Schleuseninsel zuerst einmal deutlich verändert werden.

Warten wir mal ab, ob der Oberbürgermeister in seinen nächsten Reden den Voslapper Groden durch Schleuseninsel ersetzt.

Bei dieser Gelegenheit sollte er dann auch gleich das Tüpfelsumpfhuhn durch die Rohrdommel ersetzen. □



Diesen so gar nicht paradiesisch aussehenden Paradiesvogel könnte man auch als „Pleitegeier“ bezeichnen. Am 4. November präsentierten sich die Freien Sozialen Dienste Friesland in der Marktstraße, um ihre Arbeit vorzustellen und ihre „sozial- und gesundheitspolitischen Forderungen nach umfassender präventiver und qualitativ hochwertiger Versorgung für alle Hilfebedürftigen dieser Gesellschaft“ (aus der Presseerklärung der FSD) zu vertreten. Die ist in Zeiten knapper Kassen immer mehr in Frage gestellt. So ist die ambulante psychiatrische Krankenpflege, bis Mitte des Jahres ein Modellversuch, zwar seit 1. Juli Regelleistung der gesetzlichen Krankenkassen, doch wurden die Leistungen im Vergleich zur Zeit des Modells gekürzt. Nur noch vier Monate statt wie bisher sechs wird diese Hilfe nach dem neuen Vertrag gewährt, und auch der Umfang der Pflege pro Woche, den die Kassen bewilligen, liegt meist unter dem, was die Ärzte verordnen. (noa)

40.000 Euro für den Tierschutz

Mitte November vergab die „Tierschutzverein-Stiftung der Bürger Wilhelmshavens und Umgebung“ im Rahmen eines kleinen Festaktes insgesamt 40.000 Euro an 11 verschiedene Organisationen aus dem haupt- und ehrenamtlichen Tierschutz. Als Vorsitzender der Stiftung begrüßte Peter Hopp VertreterInnen aller Zuwendungsempfänger und gab einen Überblick über Geschichte und Ziele der Stiftung sowie die Vergaberichtlinien. Selbst seit mehr als 5 Jahrzehnten im Tier- und Naturschutz aktiv, ließ Hopp der eher trockenen Einführung einen politischen Exkurs folgen:

„Der Tierschutz hat in Deutschland mittlerweile endlich Verfassungsrang erhalten. Alle Grundgesetz-Parteien haben sich hierzu bekannt. Uns allen ist die Aufgabe gestellt, hieraus eine Verfassungswirklichkeit zu entwickeln. Tierschutz stellt sich als Querschnittsaufgabe. Er gehört eingebracht in die zentralen Bereiche des gesellschaftlichen Diskurses – in Politik, Wirtschaft und Kultur – in sämtliche menschlichen Wirkungsfelder, von denen Tiere mitbetroffen sind. Ohne Tierschutz blieben Philosophie und Theologie, blieben insbesondere Ethik und Pädagogik randständiges Bruchwerk ohne ganzheitlichen Bezug.“

Ohne zu beschönigen, sprach Hopp auch die „pluralistische Vielfalt“ im Tierschutz an – „von jagdgegnerischen strengen Vegetariern“ (vertreten durch die Tierrechtsbewegung Schortens) „bis zur Jägerschaft, welche die Seehundhilfestation in Norddeich betreibt. Ein jeder von Ihnen ... wird aus seiner Sicht für seine eigene ethische Position im Hinblick auf Tiere und Natur Argumente ins Feld führen. Dieser gesellschaftliche Diskurs ... muss fortgeführt werden – sachlich, umsichtig und verantwortungsbewusst, fachlich und interdisziplinär, ohne Illusionen, aber mit innovativem Mut zu neuen Wegen und beherzten Versuchen ... Trotz al-

lem, was uns noch trennt, verlangt unsere Zeit die Bündelung der Kräfte, das Zusammenwirken aller Menschen, die sich bewusst sind, dass ethische Verantwortung nicht nur der eigenen Spezies gebührt, sondern alle empfindungs- und leidensfähigen Lebewesen, eben die gesamte Schöpfung umfassen muss. Hier verbindet sich der Aspekt des sogenannten karitativen Tierschutzes mit der sich uns allen immer gebieterischer stellenden ökologischen Existenzfrage.“

Das wäre ein knalliger Einstieg gewesen für eine Podiumsdiskussion mit Entscheidungsträgern. Die waren allerdings nicht vertreten, mit Ausnahme von Gerhard Böhling, Bürgermeister der Stadt Schortens, der es sich nicht nehmen ließ, gemeinsam mit seinem Mitarbeiter Hans-Peter Thiemann der Veranstaltung beizuwohnen und die Fördermittel für die Krötenrettungsinitiative entgegenzunehmen, die schon seit 1992 in Zusammenarbeit mit engagierten BürgerInnen aktiv ist. Der Kröten-Sicherheit im Straßenverkehr widmet sich auch eine Gruppe der Jugendfeuerwehr Wilhelmshaven unter Leitung von Ingo Abben und unterstützt von Hilke Gnadt, Leiterin des Umweltamtes. Weitere Zuwendungsempfänger waren u. a. die Tierschutzvereine Friesische Wehde und Harlingerland, „Vogelmama“ Renate Hörmann und die Wildtierauffangstation Rastede.

Eine besondere Anerkennung erhielt die Familie Maywald aus Rüstiersiel. In deren Dachkammer hat seit längerem eine seltene Fledermausart ihre Winterbehausung aufgeschlagen, wofür Maywalds „samt Kleinkind und Kater allerlei Einschränkungen hinnehmen“, verriet Hopp. „Sie tun das ohne Murren, sie verhalten sich sehr vorbildlich im Sinne des Tier-, Natur- und Artenschutzes, und so etwas sollte auch mal öffentlich anerkannt werden“ (allerdings!) „und kann anderen als Ansporn dienen“ (hoffentlich). Kater Moritz flüchtet allerdings schon gern mal vor den raschelnden Hausgenossen zum Nachbarn – und das ist, wie sich erst jetzt herausstellte, Peter Hopp. Den Grund seiner Besuche hat Moritz aber immer verschwiegen – den Kontakt zu den fledermausfreundlichen Maywalds erhielt Hopp über Frau Gnadt. (iz)

WASG
Die Wahlalternative

Andere Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.
04421-46 68 36
www.w-asg.de

Der Wahlkampf hat begonnen

Zur Veranstaltung des StER am 21. November

(noa) Dem Stadelternrat erschien der Zeitpunkt – anderthalb Schuljahre nach Beginn der Schulreform – günstig für eine Bilanz der schwarz-gelben Schulpolitik in Niedersachsen. Die Podiumsgäste begannen hier den Wahlkampf.

STER

Es habe tatsächlich eine Wende in der Schulpolitik gegeben, aber das sei eine Kehrtwende, leitete Wolfgang Wulf, in der letzten Legislaturperiode der schulpolitische Sprecher der SPD, seine Stellungnahme ein. Der Leistungsdruck sei durch die Abschaffung der Orientierungsstufe nun in die Grundschule vorverlegt worden, wo man doch bei 10-jährigen Kindern noch nicht voraussagen könne, wie sie sich entwickeln werden. Und die vom Kultusminister behauptete Durchlässigkeit der drei Schulformen ab Klasse 5 sei eine Durchlässigkeit nach unten: Kinder könnten wohl vom Gymnasium auf die Realschule, von der Realschule auf die Hauptschule fallen, aber nicht in umgekehrter Richtung wechseln. Dazu seien die Lehrpläne viel zu unterschiedlich. Seine Kollegin Frau Korter habe Recht: Es sei eine Rückkehr in die schulpolitische Steinzeit.

Nein, sagte Ina Korter, die schulpolitische Sprecherin der Grünen, in der Steinzeit sei es doch ein wenig anders gewesen, aber die Schulpolitik sei ein Rückschritt in die Nachkriegszeit. Es habe sich herausgestellt, dass die Schullaufbahnpfehlungen der Grundschulen sich stark am Bildungsstand der Eltern orientieren. Sie kritisierte die Tatsache, dass keine neuen Gesamtschulen eingerichtet werden, obwohl zahlreiche Eltern sie wollen. An diesem Punkt zeigte Frau Korter sich als einzige aus dem Podium informiert über und interessiert an dieser Region; sie weiß um die Elterninitiative zur Errichtung einer Gesamtschule im Kreis Friesland.

Die 130 neuen Ganztagschulen ohne eine einzige Lehrerstunde mehr bringen nichts, so Korter weiter, und die Hauptschulen (das zeige die Entwicklung der Anmeldezahlen) werden immer weniger angenommen.

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz, der in Vertretung des schulpolitischen Sprechers der CDU auf dem Podium saß, lobte die Sprachtests und die Sprachförderung schon im Vorschulalter und erläuterte, dass die Hauptschule mehr für die Ausbildungsfähigkeit ihrer SchülerInnen tue und dass es zu diesem Zweck gut sei, die betreffenden SchülerInnen nicht wie früher 3, sondern jetzt 5 Jahre lang zusammen zu haben.

Im Publikum saß eine Lehrerin, die an der Volkshochschule in Realschulabschlusskursen unterrichtet und die zu berichten wusste, dass ihre SchülerInnen den Realschulabschluss anstreben, weil sie mit dem Hauptschulabschluss keine Ausbildungsstelle bekommen, doch davon zeigte v. Danwitz sich

nicht beeindruckt. Dem häufig genannten und an diesem Abend von Wulf und Korter formulierten Einwand gegen die frühe Dreiteilung, dass bei 10-jährigen Kindern eine Prognose ihrer Entwicklung unmöglich ist, setzte v. Danwitz gleich mehrere Male entgegen: "Wir trauen den Grundschullehrern zu, dass sie gut entscheiden." Die Podiumsteilnehmer waren zu sehr damit beschäftigt, ihre vorbereiteten Meinungen zu vertreten, und die Gäste in der Aula des GAM waren zu höflich, um v. Danwitz an dieser Stelle "Thema verfehlt!" zuzurufen – was soll es bringen, jemandem etwas zuzutrauen, was nun mal einfach nicht geht?

Ja, und dann ließ v. Danwitz noch eine Katze aus dem Sack: Wenn die Eltern sich weiterhin den Schullaufbahnpfehlungen widersetzen und ihre Kinder an Schulen eine Stufe höher anmelden, dann werde man eben gegen den freien Elternwillen ansteuern mit Tests für die, die sich nicht an die Empfehlungen halten.

Aufhören mit dem Jammern

Der Aufschrei der FDP, unter deren Druck seinerzeit der freie Elternwille ins Schulgesetz geschrieben worden war, blieb aus. Prof. Dr. Dr. Roland Zielke, der den schulpolitischen Sprecher seiner Fraktion vertrat, blieb dazu weitgehend stumm. Er sagte dazu lediglich, dass man den freien Elternwillen in dieser Legislaturperiode nicht streichen werde. Stattdessen erklärte er, dass angesichts des Schuldenbergs leider nicht alle Wünsche erfüllt werden könnten, man nun aber immerhin 2 Mio. Euro mehr für Feuerwehrlehrkräfte bereitstelle. Und man (die Opposition) solle doch endlich aufhören, über die Dreigliedrigkeit ab Klasse 5 zu jammern, das Wahlergebnis von 2002 habe doch gezeigt, dass die Menschen es so wollten.

Es war lausig kalt an diesem Abend in der Aula des GAM (so eine Veranstaltung darf wohl keine zusätzlichen Heizkosten verursachen), doch einmal wurde es fast hitzig. Dann nämlich, als die Sprache auf den landesweiten Schüler-Fitness-Test kam. Die Leiterin der Grundschule Voslapp war mit zahlreichen Eltern gekommen, die ihre starken Bedenken gegen diesen Schnellschuss (im November im Schulverwaltungsblatt veröffentlicht, im November, z.T. sogar schon im Oktober durchgeführt) äußerten.

Und die einzige wirkliche Überraschung des Abends gab es zum Schluss, als die vier Podiumsgäste die schulpolitischen Zukunftsvorstellungen ihrer Parteien nannten: Da äußerte Herr Wulf die Idee von einer einheitlichen Beschulung aller Kinder und ging damit weit über das hinaus, was SPD-Regierungen in Niedersachsen je angestrebt haben.

Der Wahlkampf hat begonnen. □

Anonym?

Der landesweite Schüler-Fitness-Test, der zu einer Fitness-Landkarte führen soll, sorgt für Unruhe an Wilhelmshavener Schulen.

(noa) Am 24.10.05 titelte die "WZ": "Schüler-Fitness-Test treibt Lehrer auf die Barrikaden". In diesem Artikel heißt es, dass mit diesem Projekt "auf Erlass des Kultusministeriums ab November die sportliche Leistungsfähigkeit der niedersächsischen Schüler, aber auch ihre Einstellung, ihr Verhalten und ihr Interesse erfasst werden soll."

Wilhelmshavener Sportlehrer, so berichtete die "WZ" in diesem Artikel, fänden diese Überprüfung unsinnig. Alle Mädchen und Jungen von der 1. bis zur 10. Klasse sollen die gleichen sieben Übungen durchführen. Besser wäre es, so finden die Sportpädagogen in Wilhelmshaven, es gäbe mehr Sportunterricht. Dazu gab es auch ein Geplänkel auf der StER-Veranstaltung am 21.11.: SPD-Wulf warf der CDU/FDP-Landesregierung vor, die 3. Sportstunde gestrichen zu haben, und v. Danwitz konterte, dass sie ja schon zu rotgrünen Zeiten nicht stattgefunden habe.

Das Projekt Schülerfitness wird "mit Unterstützung zahlreicher Kooperationspartner durchgeführt" ("WZ"). Ein Elternvertreter berichtete auf der StER-Veranstaltung, dass er diesbezüglich ein wenig recherchiert habe. Einer dieser Sponsoren habe sich angesichts der Art der Durchführung des Projekts schon wieder davon distanziert. Eine der Übungen, die alle Kinder durchführen müssen, sei rückenschädlich. Und worin, biteschön, bestehe eigentlich das Interesse der Sponsoren?

Die behauptete Anonymität des Fragebogens, den die Schüler und Schülerinnen ausfüllen sollen (freiwillig), ist offensichtlich ein Witz. Sie sollen den Namen der Schule, Schulform, ihre Klasse und ihr Geburtsdatum unverschlüsselt angeben, und als ob man damit noch nicht zielsicher genug rausfinden könnte, wer wer ist, soll auch noch der Anfangsbuchstabe des Vornamens eingetragen werden.

Einem IGS-Schüler bescherte der Fitness-Test jüngst drei freie Tage: Er weigerte sich, die Rumpfbeuge zu machen (das ist die bewusste rückenschädliche Übung). Für eine Leistungsverweigerung hätte er normalerweise eine "6" für diese Stunde bekommen, doch da er im laufenden Schuljahr keinen Sportunterricht hat und somit keine Zensur in Sport bekommen wird, wäre das kein Druckmittel gewesen. So bekam er stattdessen den dreitägigen Schulverweis.

Die meisten Schüler machen bereitwillig und eifrig mit, doch es gab bislang auch schon einige, die in sechs Minuten mal gerade 100 m gelaufen sind und damit auf ihre Art gezeigt haben, dass sie von dem ganzen Projekt nichts halten.

“Stimmt alles gar nicht!”

Alles toll bei Reichelt Elektronik? – Beschäftigte halten dagegen

(noa) Die letzte Oktoberwoche war Reichelt-Woche bei der “WZ”: Am 24.10. füllte ein Interview mit Angelika Reichelt fast die ganze Service-Seite. Anlass war ihr Landes-sieg beim Wettbewerb “Mutmacher der Nation”. Am 28.10. wurde berichtet, dass sie bundesweit Platz 2 unter den Mutmachern erreicht hat, und in einem weiteren Artikel, dass die Frauen-Union ein “positives Betriebsklima” bei Reichelt Elektronik feststellt. Am 29.10. schließlich sahen wir Frau Reichelt noch mit ihrem Bundespreis.

Mit dem Betriebsklima ist das so eine Sache. Als Außenstehender kann man bei einer Betriebsbesichtigung eigentlich nicht so richtig merken, ob in einem Betrieb das Klima gut oder schlecht ist. Und zudem erleben unterschiedliche Beschäftigte die Stimmung in einem Betrieb durchaus sehr unterschiedlich.

Bei ver.di hat man “geschluckt”, als man die Artikel las. Die für Handelsunternehmen zuständige Gewerkschaft bekommt immer wieder ein ganz anderes Bild vom Arbeitsklima bei dem Sander Betrieb. Und: “Wir haben schon mehrere Anläufe gemacht, dort einen Betriebsrat zu installieren, aber das wurde immer im Keim erstickt.”

Vor Jahren, als es ver.di noch nicht gab und Reichelt Elektronik noch ein kleiner Betrieb in Wilhelmshavens Markstraße West war, suchte Konrad Sieg, damals Gewerkschaftssekretär bei der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Angelika Reichelt auf, um auf Wunsch von dort beschäftigten DAG-Mitgliedern eine Betriebsratswahl anzustoßen, doch er flog schnell wieder raus. “Einen Betriebsrat wollen wir hier nicht”, sagte ihm die Chefin. Seither haben schon mehrere Male in der ver.di organisierte Reichelt-Mitarbeiter Anläufe unternommen, eine Betriebsratswahl durchzuführen; einmal gab es sogar schon einen Wahlvorstand. Im letzten Augenblick schreckten diese Kollegen und Kolleginnen aber immer wieder davor zurück, wirklich zur Tat zu schreiten, trauten sich nicht einmal, sich als Gewerkschaftsmitglieder zu outen, weil sie großen Ärger befürchteten. Diese Mitarbeiter sind mittlerweile nicht mehr dort beschäftigt; ihren “Ärger” in Form von Arbeitsplatzverlust hatten sie also auch so.

Einige Menschen, die bei Reichelt Elektronik arbeiten oder gearbeitet haben, wandten sich Ende Oktober/Anfang November auch an den Gegenwind. Sie haben, so sagen sie, nicht nur “geschluckt”, sondern geradezu “gewürgt”, als sie die Reichelt-Serie in der “WZ” lasen. “Positives Betriebsklima? Ganz im Gegenteil!”, das und vieles andere erzählten sie uns.

“Es herrscht ein Rede- und Lachverbot”, berichtet uns eine Mitarbeiterin. Nein, im Arbeitsvertrag stehe das natürlich nicht, erzählt sie uns weiter, aber wenn man mal im Vorbeigehen mit einer Kollegin ein Wort wechselt, stehe sofort die die ihnen übergeordnete Bereichsleiterin da, die für die Aufteilung des Personals auf die verschiedenen Stationen zuständig ist und ihre Arbeit überwacht. Vor allem, so die Klagen über diese Bereichsleiterin, sei sie diejenige, die ihrer Chefin vorschlägt, wessen Vertrag verlängert werden soll und wessen nicht – bei Reichelt Elektronik fängt man immer erst mit einem befristeten Vertrag mit einer Laufzeit von einem Jahr bei einer Probezeit von einem hal-

ben Jahr an – und in deren Hand es liegt, denen, die keine Verlängerung bekommen sollen, Fehler nachzuweisen. Und dabei, so sagen vor allem Ehemalige, gehe sie vollkommen willkürlich vor. Vorschläge zur Verbesserung des Arbeitsablaufs oder Anregungen zu Arbeitserleichterungen werden, so unsere Informanten, von ihr “abgebügelt” und nicht weitergereicht, stattdessen verbiete sie einem den Mund.

Wenn solche Sachen in einem Betrieb wirklich vorkommen, dann wäre es natürlich gut, es gäbe einen Betriebsrat. Und den gibt es bei Reichelt Elektronik auch heute, bei mittlerweile etwa 220 Beschäftigten, nicht.

Frau Reichelt zeigte sich im Gespräch mit dem Gegenwind zutiefst verletzt über diese und weitere Vorwürfe. “Das ist Rufmord”, sagt sie wörtlich. Die betreffenden MitarbeiterInnen seien wahrscheinlich solche, die oft der Arbeit fern bleiben und viele Fehler machen. Und bestimmt seien es nur ganz wenige. “Gute Menschen lernen von den schlechten mehr als schlechte von den guten”, zitiert sie den Kalenderspruch des Tages, an dem wir den Kontakt zu ihr aufnahmen, und “Wenn man zum Schaffen unfähig ist, sucht man im Zerstören den Machtrausch” den des folgenden Tages. Und im persönlichen Gespräch mit der Gegenwind-Redakteurin macht sie den Eindruck einer Chefin, die sich fast wie eine Mutter um ihre MitarbeiterInnen kümmert und das Beste für alle will.

Auf die Frage nach dem Rede- und Lachverbot antwortet Frau Reichelt prompt, dass es natürlich kein Rede- und Lachverbot gebe; zu dem beklagten Verbot, am Arbeitsplatz zu trinken, fragt sie, ob die Kassiererinnen bei Karstadt an der Kasse trinken dürfen. Bei ihrer Führung durch den Betrieb, die sie der Gegenwindlerin anbietet, zeigt sie ihr an einer Station die Molle mit einigen Halbliter-Plastikflaschen Wasser, die die Beschäftigten der Station dort lagern und aus denen sie zwischendurch einen Schluck nehmen.

Strahlend erzählt sie von der Weihnachtsfeier, die am Abend stattfinden soll und auf der die anwesenden Kollegen je einen kleinen Goldbarren (in stundenlanger Arbeit alle einzeln verpackt) bekommen werden – gekauft von den 10.000 Euro für den 2. Platz beim Mutmacher-Wettbewerb. Die Unzufriedenen, so nimmt sie an, werden wohl zur Weihnachtsfeier gar nicht kommen, weil sie glauben, sie damit “strafen” zu können.

Und wie steht Frau Reichelt nun zum Thema Betriebsrat? Ihrer Meinung nach ist er nicht notwendig. Alle MitarbeiterInnen können sich mit ihren Sorgen, Vorschlägen, Beschwerden usw. an ihre Stationsleitungen wenden, die sie dann an die Chefin weitergeben. Doch wenn Beschäftigte dennoch einen Betriebsrat wollten, werde sie sich diesem Wunsch nicht verschließen. □

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **3,95 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **10 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **4,02 %**

Zins p.a.: **4,20 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **15 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **4,28 %**

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE



KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken
Partys - Konzerte

Freitag 2.12. **GLOOMY FRIDAY**
EBM-80's-DarkWave&Gothic Night

Freitag, 9.12. 21 Uhr
mr brown

+ PROMISES, PROMISES

Donnerstag 15.12. 20:30 Uhr
Heinz Strunk
liest
Fleisch ist mein Gemüse

25.12. 21 Uhr
GROOVE DIGGER
Dub-Reggae

26.12. 21 Uhr
Indie-Etho-Pop - Christmas Concert
FELLBUSH
SUNFLOWER SICKNESS

www.kling-kling-whv.de

Wilhelmshavens Trümpfe

Monarchie oder Demokratie

(von Klaus Dede) Wenn die "Gesellschaft für Wilhelminische Studien" sich die Aufgabe stellen sollte, die Kultur Deutschlands in der Zeit zu erforschen, in der Wilhelm II. regierte, wobei man meinetwegen auch den persönlichen Beitrag dieses Herrn zu dem Geschehen erörtern kann, dann ist sie nach meiner Ansicht zwar überflüssig, aber nicht weiter problematisch. Aber ich habe den Eindruck, dass es darum nicht geht. Vielmehr fügt sie sich in den allgemeinen Fürstenkult ein, den die Oldenburgische Landschaft betreibt und der in Wilhelmshaven mit großem Eifer aufgegriffen wird.

Worum geht es?

Die Errichtung der Großen Koalition zeigt, dass die Republik auf eine Staatskrise zusehelt. Das hat mehrere Ursachen, die ich hier nicht im Einzelnen darlegen will. Die Frage ist aber, wie die herrschende Oligarchie darauf reagieren wird. Möglich wäre es, dass man nach dem sprachlich etwas missglückten Imperativ Willy Brandts verführe: "Mehr Demokratie wagen!" Aber das wird nicht geschehen. Stattdessen wird man nach einer autoritären Lösung suchen. Eine solche setzt aber zunächst eine Ideologie voraus, nach der man entscheiden kann, wer eigentlich ein Deutscher ist, dann braucht man eine historische Symbolfigur, die das, was man braucht, verkörpert und schließlich den Mann, der das, was Ideologie und Symbolfigur ausdrücken, in die Praxis umsetzt.

Die Ideologie steht nun in dem christlich-deutschen Nationalismus bereit, der den Konsens der politischen Elite des Staates bildet. Das entspricht der deutschen Tradition, hat aber deshalb seine Tücke, weil man damit zugleich den christlichen wie auch den deutschnationalen Antisemitismus einkauft, den man durch zionistische Sympathien zwar verdecken, aber nicht verdrängen kann. Hier hat man also eine Leiche im Keller, die keinesfalls ans Licht gezogen werden darf (was ich eifrig tue).

Und wen, um alles in der Welt, soll man denn als neue Idealfigur ausrufen? In Jever feiert man den alten Bismarck, aber der funktioniert nicht mehr, der Alte Fritz noch viel weniger. Goethe war Zivilist und darüber hinaus ein Humanist, also kein Deutschnationaler, also wen soll man nehmen? Die frühere Geschäftsführerin der Oldenburgischen Landschaft, Ursula Maria Schute, versuchte, die oldenburgischen Großherzöge in den Rang historischer Leithammel zu heben, aber sie taugten nicht für diese Rolle, denn sie waren in jeder Hinsicht zu unbedeutend, aber da fügte es sich, dass etwa 160 Hektar des Zuständigkeitsbereichs der Landschaft seit 1853 zum Königreich Preußen gehörten, und damit konnte man Kaiser Wilhelm II. auf den Reklame-Schild heben. Die Urheber des Gedankens verwiesen darauf, dass Wilhelm II. 25 Jahre lang regierte, ohne in Europa einen Krieg vom Zaune zu brechen (in den Kolonien wurde ständig geschossen, aber das betraf dann ja nur Untermenschen, nicht wahr?) und dass er in Wilhelmshaven dem französischen Admiral Coligny ein Denkmal hatte errichten lassen; sie vergaßen aber, dass der letzte Kaiser ein wütender Antisemit war, eine demokratische Reform Preußens und des Reiches in den dreißig Jahren seiner Regierung konsequent verhinderte und



schließlich den Ersten Weltkrieg vom Zaune brach. Wilhelm II. passte allerdings in ideologischer Hinsicht, denn er verstand sich als "Führer" der deutschen Nation und hat als solcher seinem Nachfolger im Amt und im Geiste sozusagen die Tür geöffnet, der dann das, was Wilhelm II. nur beabsichtigt hatte, konkret zu Ende führte – Auschwitz eingeschlossen. Und der soll als Vorbild dienen? Das ist die Frage, die sich mit der Gründung der "Gesellschaft für wilhelminische Studien" stellt und die Dr. Graul sicherlich gelegentlich beantworten wird.

Und welcher Politiker will heute ein solches Erbe antreten? Der einzige, der mir einfällt, ist tot – und die anderen kamen und kommen nicht in Frage: Der Eine ist zu dick, der Andere kein Mann, der Dritte will nicht, weil Sozialdemokrat, der Vierte ist zu alt und überdies zu katholisch – also, ich wüsste zur Zeit niemanden. Aber das bedeutet ja nicht, dass es ihn nicht gibt bzw. nicht geben wird. Entscheidend ist, dass das Bedürfnis nach einem Retter aufgebaut wird – und diesem Zweck, so meine Kritik, dient die "Gesellschaft für wilhelminische Studien". Ich würde mich freuen, wenn Dr. Graul hier ein Dementi beisteuern würde.

Die Alternative?

Wilhelmshaven hat zwei historische Trümpfe:

- Die Stadt ist zum einen der Ort, an dem unsere Freiheitliche Demokratische Grundordnung durchgesetzt wurde. Das geschah, als unbekanntes Heizer des Linienschiffs "Thüringen" am 29. Oktober 1918 die Feuer aus den Kesseln ihres Schiffes rakteten und damit die Kamikaze-Fahrt der Hochseeflotte, die eine verbrecherische Admiralität von Berlin aus befohlen hatte, verhinderten. Die Konsequenz war die Revolution, in der das deutsche Volk zum ersten und bislang einzigen Mal von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch gemacht hat, und
- Die Stadt ist zugleich der Ort, an dem es gelungen ist, einen Platz, der einmal als Kriegshafen konzipiert war, auf ein ziviles Konzept umzustellen, denn Wilhelmshaven ist heute nicht nur der einzige Tiefwasserhafen der Republik und als solcher vermutlich der kommende wirtschaftliche Schwerpunkt der Region, sondern auch der Traum aller Menschen, die einem Wassersport verbunden sind.

Wilhelmshaven wäre heute eine durch und durch sympathische Stadt – wenn sie sich durchringen könnte, sich von dem Kaiser-Kult zu lösen, indem sie den Namen annimmt, der diesen Wandel viel besser ausdrückt als der jetzige: Rüstringen. Aber das steht wohl nicht zur Debatte. □

leserbrief

Zum Artikel "Hofknicks" im Gegenwind 212

Stolz?

Weder steckt ein ungeheures "Minderwertigkeitsgefühl" der Stadt hinter den nationalistischen Bemühungen, den Kaiser und das "II. Reich" positiv darzustellen, noch ist der historische Arbeitskreis "kritisch", noch sollte eine Stadt "stolz" darauf sein, Ausgangspunkt für die deutsche Demokratie geworden zu sein.

Selbstverständlich ist auch Wilhelmshaven eine Stadt mit Geschichte und Vergangenheit, nur was für einer! Einen Kriegstreiber wiederzubeleben, zeugt ja gerade von einer Sorte "Selbstbewusstsein", die es in sich hat. Das ist ja alles andere als ein "Minderwertigkeitsgefühl".

Der historische Arbeitskreis bemüht sich zwar akribisch, die Arbeiterseite der Stadtgründung zu erforschen, tut dies allerdings leider auch überwiegend aus patriotischen Gründen: Er will im Wesentlichen Anerkennung für die "Leistungen" (einen Kriegshafen zu bauen!) und der damit verbundenen Leiden und Lebensbedingungen der damaligen Werftarbeiter erreichen. Diese Stadt hätte aus einem rein humanen Standpunkt aus gar nicht gegründet werden dürfen, es gäbe dann heute eben "nur" ein paar Dörfer hier und alles wäre immer noch nicht in Ordnung.

Die Gründung der Demokratie als etwas darzustellen, worauf eine Stadt "stolz" sein kann, ist selber bloß patriotische Identitätsstiftung. Wenn man die Herrschaftsform "Demokratie" mal genauer unter die Lupe nimmt, kommen ja eigentlich nicht so menschenfreundliche Dinge dabei heraus: Ein "Millionen-Heer" an Arbeitslosen und direkt auf die Verarmung zusteuernde bzw. schon verarmte Menschen, unzählige Tote durch die faschistische Methode der Ausländerabschiebung, insbesondere an den Grenzen von "Drittstaaten", bedingt durch die von Deutschland diktierte "Drittstaatenregelung", Millionen von Toten und Geschädigten durch die von dieser "Demokratie" als Anwalt dieser Wirtschaftsordnung, die sich so nett "Marktwirtschaft" nennt, geförderte Produktion von Autos und Straßen, Drogen wie Alkohol und Tabak, Überfettung der Menschen und der damit verbundenen Gesundheitsschäden, Stress, Konkurrenz und Mobbing in Schule und im Job und vieles, vieles mehr. Die Ärzteschaft weiß ein Lied davon zu singen. Nicht zu vergessen die unzähligen Toten, die auch "demokratische" Staatenlenker von Schröder bis Bush in anderen Ländern durch Krieg und wirtschaftliche Knebelung verursachen.

Das heißt, dass die Ursachen von Menschenschädigungen o.g. Sorte gerade aus der Demokratie und ihrer umsorgten "Marktwirtschaft" heraus entstehen. Da soll man "stolz" drauf sein?

**Harald Bohlken,
Eschenweg 5, 26419 Heidmühle,
04461/892164**

Späte Einsicht – wider Willen

Voslapper Groden wird endlich unter Naturschutz gestellt

(red) Seit fast fünf Jahren ist bekannt, dass der Voslapper Groden nach Europäischem Recht unter Naturschutz gestellt werden müsste: In unserem Artikel "Alle Vögel sind schon da" (GW 165, Februar 2001) stellten wir die fachlichen und rechtlichen Hintergründe allgemeinverständlich dar. Kommunalpolitik und Hafenlobby haben's bis heute nicht kapiert und bewarfen Naturschutzfachleute immer wieder öffentlich mit Dreck. Seit die Landesregierung unlängst die Unterschutzstellung anleierte, blieb den Spöttern das Hohnlachen im Halse stecken.

Die Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort hat in einer Presseerklärung bereits den plötzlichen Sinneswandel der Politik bekannt gemacht (GW 212 "JadeWeserPort oder JadeWeserFort ??") Offen blieb, wie dieser zu Stande kam. Des Rätsels Lösung lautet in Kurzform:

Ohne Vogelschutz keine Kohle!

Eine Delegation der Hafenlobby war in der Angelegenheit in Brüssel vorstellig geworden, wo den Teilnehmern unmissverständlich mitgeteilt wurde: Wenn ihr die Vorgaben der EU-Vogelschutzrichtlinie nicht erfüllt, gibt's auch keine europäischen Gelder für den Hafenausbau. So einfach ist das.

Schritt eins lautete: Niedersachsen meldet den Voslapper Groden in Brüssel als Vogelschutzgebiet und damit als Teil des europäischen Schutzgebiets-Netztes NATURA 2000. Schritt zwei: Das Vogelschutzgebiet muss durch den Mitgliedsstaat rechtsverbindlich gesichert werden. Von verschiedenen Möglichkeiten wurde in diesem Fall die Sicherung als Naturschutzgebiet gewählt und bereits ins Rollen gebracht. Laut Umweltminister Sander werden "in der Regel die wertvollsten Kernbereiche von NATURA 2000-Flächen als Naturschutzgebiete ausgewiesen" (Presseerklärung vom 24.11.2005) Bereits Mitte November fand hierzu im Ratsaal eine Veranstaltung statt, in der Fachleute der Landesnaturschutzverwaltung über Hintergründe und Ablauf des Verfahrens informierten. Die Herren Menzel, Frank, Niemann & Co. nahmen's schicksalsergeben hin und kriegten den Mund nicht wieder zu. Denn eine zweite, schon seit langem bekannte Klausel haben sie bis heute nicht kapiert:

Ohne Vogelschutz kein Genehmigungsverfahren!

Wenn ein Mitgliedsstaat nämlich meint, es sei die einfachste Lösung, der EU zu verheimlichen, dass auf einer geplanten Gewerbefläche Vogelarten brüten, die nach EU-Recht geschützt sind, hat er sich geschnitten: Wenn Brüssel davon Wind kriegt, drohen erstens happige Vertragsstrafen, zweitens ein sofortiger Stopp des Bauvorhabens. Wird hingegen die Fläche ordnungsgemäß dem naturschutzrechtlichen Verfahren unterzogen, dann (und nur dann) kann auch eine Ausnahme für die gewerbliche Nutzung erteilt werden. Unter der Bedingung, dass das öffentliche Interesse an der Überbauung höher einzustufen ist als das Naturschutzinteresse, und dass für die zerstörten ökologischen Werte ein Ausgleich oder Ersatz (Kompensation) erfolgt.

"Das haben wir doch schon Dutzend Mal gelesen" werden aufmerksame LeserInnen jetzt stöhnen. Stimmt. Nicht nur im GEGENWIND haben wir das, beginnend mit dem legendären "Alle Vögel sind schon da"-Artikel, mehrfach erklärt. Auch die Naturschutzverbände, namentlich die hiesige Kreisgruppe des BUND bis hin zum BUND-Landesverband nebst WWF, AKN und anderen haben immer wieder geduldig versucht, diese Zusammenhänge klar zu machen.

Aus taktischer Sicht hätte man die Hafenlobby ins offene Messer laufen lassen können; in dem Bestreben, geltendes EU-Recht vor Ort auch umzusetzen, kam jedoch immer wieder der Wink mit einem riesigen Zaunpfahl. Der verwandelte sich allerdings in ein dickes Brett vor den Köpfen von Politik und Wirtschaft. Die Naturschützer hatten sich für eine offene und faire Umgangsweise entschieden, die ihnen seitens Wirtschaft, Politik und Lokalpresse wiederholt und nicht selten unterhalb der Gürtellinie als "Verhinderung wirtschaftlicher Entwicklung" angekreidet wurde. Die wertbestimmenden Vogelarten Rohrdommel, Blaukehlchen und Tüpfelsumpfhuhn wurden zu Feindbildern erklärt und ihre Bedeutung ins Lächerliche gezogen.

Schließlich hatten die Verbände die Faxen dicke und legten in Brüssel Beschwerde ein. Solche Beschwerden wegen Verletzung des EU-Naturschutzrechtes durch die Bundesrepublik Deutschland – eines der reichsten EU-Länder – stapeln sich in Brüssel, und nicht jede wird angenommen. Die Beschwerde bezüglich Voslapper Groden war jedoch schwergewichtig genug und wurde angenommen, was wiederum der damalige WZ-Chefredakteur Jürgen Westerhoff nicht wahrhaben wollte. "Verbände gegen JadeWeserPort" titelte er am 9.7.2003 und jubilierte, die Landesregierung werde die Beschwerde schon aus der Welt schaffen. Vor ihm lag aber eine Presseinformation, der klar zu entnehmen war, dass die Beschwerde

längst angenommen war und sich zudem nicht auf den Containerhafen, sondern den Voslapper Groden bezog.

Wir geben's jetzt auf. MenzelFrankNiemann werden auch in 20 Jahren das EU-Recht nicht verstanden haben, weil sie es nicht verstehen wollen. Weil es nicht in ihr Weltbild passt, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Sie müssen es ja auch nicht verstehen. Jetzt kam die "ordere mufti" aus Hannover, und diese Kröte müssen sie einfach schlucken. Auch die "WZ" berichtete auf der Titelseite (12.11.2005) knochentrocken über die Beschlüsse aus Hannover, ohne ihre vorangegangenen Hasstiraden gegen Naturschutzfachleute nochmals aufleben zu lassen.

Die Kollegen vom "Jeverschen Wochenblatt" (10.11.2005) haben zumindest im Ansatz verstanden, dass es rechtlich gesehen nur scheinbar einen Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie gibt: "Das Umweltministerium bereitet inzwischen die entsprechenden Unterlagen vor, denn - so widersprüchlich das klingt - erst dadurch ergibt sich die Möglichkeit, von einer Unterschutzstellung des Grodens auf Grund wirtschaftlicher Interessen abzusehen." Im Ansatz. Denn es wird vorerst nicht von einer Unterschutzstellung "abgesehen" – aber diese kann später aufgehoben werden.

Was wird nun weiter mit dem Voslapper Groden passieren?

Erstens: Wilhelmshaven wird in einer Rekordzeit sein zweites Naturschutzgebiet (NSG) erhalten, mit einer Größe von fast 800 Hektar. Wir erinnern uns: Jahrelang kämpften die hiesigen Naturschutzverbände darum, den "Bordumer Busch" als erstes W'havener NSG auszuweisen. Bis dahin war die Jade-stadt niedersachsenweit das Schlusslicht in Sachen Schutzgebiete. Mit dem zweiten, riesigen Schutzgebiet "Voslapper Groden" wird sie statistisch einen gewaltigen Sprung nach vorn machen.

Zweitens: Bis der Containerhafen erst mal gebaut ist und die direkt angrenzenden Flächen im angrenzenden "Hafengroden" mit hafenzugehörigem Gewerbe gefüllt sind, werden Jahre ins Land gehen. Vorher besteht, auch rechtlich gesehen, kein Anlass, den Schutzstatus aus wirtschaftlichem Interesse aufzuheben. Wolfgang Franks Ankündigung "Hinterland des Hafens wird schon ab 2004 vermarktet" (WZ vom 13.11.2003) hat sich ohnehin schon erledigt.

Drittens: Wenn es denn soweit ist, muss ein entsprechendes Genehmigungsverfahren eingeleitet werden. Erfahrungsgemäß wird die Wirtschaft ihre Ansprüche durchsetzen können, gleichwohl wird sie sehr sorgfältig nachweisen müssen, dass der Eingriff in Natur und Landschaft an dieser Stelle unvermeidbar und dann auch andernorts zu kompensieren ist. Die Aussage "Rohrdommel hat verloren - EU will Ausnahmeregelung zustimmen" (JWB;10.11.) ist deshalb etwas kurz gegriffen.

Kapriolen

Derweil überlegt die Betonfraktion schon, wie sie auf technokratischem Wege mit den gefiederten "Störfaktoren" umgehen will: Ein riesiger Damm soll das geplante NSG von der Bahnlinie entlang des Grodens abschirmen, und es wird fröhlich diskutiert, ob sich eine Rohrdommel nun vom Zugverkehr stören lässt oder nicht. □



Mengenrabatt für Schulschließungen?

Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Wilhelmshavener Schullandschaft

(jt) Seit Anfang November liegt ein Schreiben der "plan-werkStadt – büro für stadtplanung & beratung" den Ratsvertretern und der Verwaltung der Stadt (OB Menzel, Neumann, Reuter, Homann/Ender, Tjaden, Graul) vor.

Man bittet hier eindringlich um ein Gespräch über die Zukunft der Schulen in Wilhelmshaven. Angedacht war diese Gesprächsrunde für die 47. Kalenderwoche (21.-25. Nov.2005).

In dem Anschreiben heißt es auszugsweise:

...wie Sie wissen, beschäftigt sich im Rahmen des Stadtumbau-Wilhelmshaven-Prozesses seit zwei Jahren ein Arbeitskreis "Schulen" u.a. mit dem Thema der Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Wilhelmshavener Schullandschaft. ...Darüber hinaus hat er Überlegungen zu pädagogisch, räumlich, organisatorisch und ökonomisch sinnvollen Kriterien angestellt, die einem längerfristigen Konzept zur Schulstandortsicherung zugrunde gelegt werden können und darüber auch entsprechende Entscheidungen transparent und nachvollziehbar machen.

Der Arbeitskreis ist der Auffassung, dass die unstrittig anstehenden Schulschließungen einer sensiblen Herangehensweise bedürfen.... Diese darf nicht auf einen Zeitpunkt nach der Kommunalwahl verschoben werden. Wir meinen, dass es sträflich wäre, kostbare Zeit verstreichen zu lassen, die dringend für den langwierigen Prozess der behutsamen Annäherung an unliebsame Entscheidungen benötigt wird..

An dieses Schreiben angehängt sind schon einmal einige Ergebnisse des Arbeitskreises, die den interessierten Ratsvertreter hellhörig machen sollten.

In einer der Grafiken sind unter der Überschrift "Kurzfristig von Schließung bedrohte Grundschulen" sechs Schulen angegeben: Sengwarden, Voslapp, Rüstiersiel, Neuende, Allerstraße und Kathrinienfeld.

Als sicher gelten nach Meinung der "plan-werkStadt" lediglich die Schulen: Wiesenhof, Mühlenweg, Siebethsburg, Peterstraße, Oldeogestraße und die Hafenschule. Natürlich handelt es sich nicht um ein abschließendes Ergebnis, sondern nur um die Betrachtung der reinen Schülerzahlenentwicklung und sollte wohl nur dazu dienen, aufzuzeigen, wo die Problemfelder zu suchen sind.

Warum die angesprochenen Ratsvertreter und die städtische Verwaltung nicht sofort reagiert haben – nach mehr als einer Woche lag nur meine Anmeldung vor – ist für mich unerklärlich. Vielleicht möchte die Politik dieses Thema gern bis nach den Kommunalwahlen 2006 aussitzen.

Aber die plan-werkStadt macht Nägel mit Köpfen. Weil die Angeschriebenen nicht reagierten, wurde mit Schreiben vom 14.11.05 ein Termin für das Gespräch auf den 23. November angesetzt. Vielleicht hilft das ja, um die Verantwortlichen an den Tisch zu bekommen.

Tatsächlich fand dieser Termin auch statt.

Sinn dieses Gespräches sollte es sein, erst einmal die politischen Entscheider an einen Tisch zu bekommen, damit dieses wichtige Thema nicht wieder zu einem reinen Wahlkampfthema verkommt. Dass wir in Wilhelmshaven Handlungsbedarf haben, ist sicher für jeden ersichtlich. Die Frage ist nur, wie wir die Probleme lösen.

Vorschläge zur Lösung der Probleme hätten in einer "Arbeitsgruppe", in welcher sich Betroffene, Fachleute, Politiker und Bürger zusammenfinden, erarbeitet werden können. Hier hätte man dann das Thema mit Sachverstand von einer Gesamtbetrachtung Wilhelmshavens auf Teile der Stadt und schlussendlich auf einzelne Standorte herunterbrechen können. Alle Ergebnisse hätten dann mit den Vor- und Nachteilen dargestellt werden können, um die Bürger der Stadt auf dem Weg zur abschließenden Entscheidung durch die zuständige Politik mitnehmen können.

Man hätte können! Am Mittwoch, dem 23.11.05. Querkopf in der Runde war eindeutig Siegfried Neumann, der immer wieder auf einzelnen Schulstandorten herumhackte und eine längst vergangene Geschichte – "da habe ich was in die Fresse bekommen..." – erzählte.

In 14 Tagen will der einladende Arbeitskreis Schulen dann doch noch einmal die Anwesenden fragen, ob nicht doch eine gemeinsame Erarbeitung der nötigen Veränderungen erfolgen kann.

Mit diesen Zeilen drücke ich nicht nur meine Zweifel daran aus, dass es doch noch zu sachkundigen Entscheidungen kommt, sondern fordere die Bürger dazu auf, die Politik auf den richtigen Weg zu bringen.

Wahlkampf ist nichts, wofür man sich schämen sollte, wohl aber für einen Wahlkampf auf Kosten der Kinder.

Auch wenn es falsch verstanden werden kann: Nicht jede Schließung einer Schule ist für die Betroffenen negativ, sondern kann auch zu einer Verbesserung führen. □

Anzeige

WALLI - Wilhelmshavener Alternative Liste

wünscht allen Bürgerinnen und Bürgern ein entspanntes Weihnachtsfest und ein glückliches Jahr 2006.

WALLI dankt allen Freundinnen und Freunden, allen Förderinnen und Förderern, allen Unterstützerinnen und Unterstützern für ihren tatkräftigen Einsatz und ihren umfassenden Beistand.

In 2006 stehen Kommunalwahlen an. Vielleicht kommen unsere Wählerinnen und Wähler, die wir leider von Fall zu Fall in unserer basisdemokratischen Ausrichtung vermisst haben, doch noch vom Sofa hoch. Wir brauchen keine neuen Führer, keine selbst ernannten „Retter“! Wir brauchen Basis-Power. Die Zeit ist reif für eine neue APO. HARTZ IV / ALG II muss weg.

- Der Angriff auf die Menschenwürde darf nicht hingenommen werden. Es kann doch nicht angehen, dass ältere Arbeitslose plötzlich vor dem finanziellen Abgrund stehen.
- Wir fordern ein sofortiges Investitions- und Beschäftigungsprogramm bei kürzeren Wochenarbeitszeiten.
- Die Arbeitsloseninitiative WHV/FRI muss bei ihrer äußerst wichtigen Arbeit weiter unterstützt werden. WALLI weist darauf hin, dass die Montagsdemonstrationen nach wie vor stattfinden; auch hier vor Ort.

Die Einen haben das Opulente Frühstück und die Anderen die Wilhelmshavener Tafel.

Übrigens noch viel Spaß mit der neuen Bundesregierung. Nachdem Generationen von Politikerinnen und Politikern diesen Staat in relativ kurzer Zeit heruntergewirtschaftet haben, wollen sie uns alle weiter abzocken: Mehrwertsteuer-Erhöhung, Pendler-Pauschale, Eigenheim-Zulage, Rentenbesteuerung etc. Aber wie soll die Arbeitslosenzahl reduziert werden?

- Schluss mit der Privatisierung und Verhökung von Gesellschaftseigentum. Dieses haben wir doch gemeinschaftlich erwirtschaftet. Die Umverteilung von unten nach oben muss gestoppt werden.
- Wir behalten unseren ökologischen Kurs bei und lehnen den JWP nach wie vor ab.
- WALLI setzt auf den Ausbau der erneuerbaren Energie. Die steigenden Energiepreise, von unseren gewählten Volksvertretern abgepickt, sind nicht mehr zu bezahlen. So kann es nicht weiter gehen.
- Wo Natur ist, da ist Natur. Darauf werden sich auch die gesichteten acht Rohrdomeln einstellen. Eine Mauer von vier km Länge bis zu acht Meter Höhe werden sie nicht akzeptieren und wahrscheinlich abwandern.
- Wir müssen die ökologischen Grundlagen sichern und weiter ausbauen, denn eine andere Politik ist möglich!

Liebe Leute teilt uns mit, wie eure Planung für das nächste Jahr aussieht. Was können und wollen wir gemeinsam erreichen?

Treffen der WALLI:

Jeden 1. u. 3. Donnerstag im Monat
um 20.00 Uhr in der Gaststätte
"Am Kreuzelwerk"
Freiligrathstr. 432, WHV



WALLI

Wilhelmshavener Alternative Liste
Tel./Fax: 04421 879249
E-Mail: w.alli@web.de
Internet: walli-whv.de